Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marckwald, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Vethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobsstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Münzstraße 8. Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pfg. — Insertionsgebühr die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 7839

Nr. 135. **Magdeburg, Freitag, den 13. Juni 1902.** **13. Jahrgang.**

Eine lange Session.

Der Reichstag ist gestern wieder vertagt worden. Da auch im vorigen Jahre die Session nicht geschlossen, sondern nur vertagt wurde, steht der Reichstag im Frühjahr 1903 vor der interessanten Thatsache, auf eine ununterbrochene dreijährige Session zurückblicken zu können. Da die vorhergehende Session sich über zwei Jahre erstreckte, so hat der gegenwärtige Reichstag trotz seiner vollen fünfjährigen Thätigkeit nur zwei Sessionen gehabt. Glücklicherweise finden aber spätestens im Juni nächsten Jahres verfassungsgemäß die schon lang ersehnten Neuwahlen statt, von denen zu erhoffen ist, daß sie endlich wieder einmal die politische Verwirrung in Deutschland ein wenig lösen und die Situation aufklären werden.

Der Reichstag soll am 14. Oktober schon wieder zusammentreten, also zu einem ausnahmsweise frühen Termine, denn unter gewöhnlichen Umständen pflegt der Reichstag erst Mitte oder Ende November seine Beratungen wieder aufzunehmen. Die in diesem Jahre vorliegenden außergewöhnlichen Umstände, die den früheren Zusammentritt veranlassen, sind die Schwierigkeiten des Zolltarifs. Man hofft, bis Mitte Oktober die erste und zweite Lesung des Zolltarifs in der Kommission erledigt zu haben. Man hofft! Ob aber diese Hoffnung in Erfüllung gehen wird, ist eine andere Sache. Denn in dem seit Januar verflossenen knappen Halbjahr hat die Kommission erst ein Drittel der Positionen des Zolltarifs erledigt, zwei Drittel der Nummern, darunter die wichtigen Abschnitte der Textil- und Maschinenindustrie stehen noch aus. Also besteht die für uns recht tröstliche Aussicht, daß der jetzige Reichstag die Zollfrage nicht mehr erledigt, sondern daß durch die nächsten Reichstagswahlen dem deutschen Volk noch Gelegenheit gegeben wird, sein Urteil über diese monströse Gesetzmacherei abzugeben.

Durch die Vertagung gehen alle diejenigen Gegenstände, die noch nicht zur Verabschiedung gelangt sind, genau in demselben Stadium, in dem sie sich heute befinden, auf den späteren Abschnitt der Session über. Es liegt allerdings für den 14. Oktober außer dem Zolltarif nicht viel Stoff vor, abgesehen von einigen 40 unerledigten Initiativ-Anträgen und einem halben Dutzend ebenfalls unerledigter Interpellationen. Der Gesetzentwurf über die gewerbliche Kinderarbeit ist nach der ersten Beratung einer Kommission überwiesen; doch hat die jedenfalls sehr weitschichtige Kommissionsberatung noch nicht begonnen. Das Garantiegesetz über die Eisenbahn Dar-es-Salaam—Mrogoro hätte schon jetzt im Plenum zur Verhandlung und zur Entscheidung kommen können, wenn nicht die Freunde der Bahn selbst die Aussichtslosigkeit der Annahme gemerkt und deshalb den Gegenstand zurückgestellt hätten.

Was den nunmehr beendigten Abschnitt der Session anbetrifft, so sind dabei Vorlagen zur Verabschiedung gekommen, die schon aus dem vorigen Jahre überkommen waren, vor allem die Seemannsordnung und die damit zusammenhängenden Gesetze, sodann die Schaumweinsteuer, die das Gegenstück bildet zu der im Sommer 1900 stattgehabten Erhöhung des Zolles für Schaumwein. Das heute angenommene Branntweinsteuergesetz datiert ebenfalls aus einer schon im vorigen Jahre eingebrachten Novelle der Regierung. Damals im Mai 1901 konnte wegen Beschlußunfähigkeit der Gesetzentwurf nicht erledigt werden. Nun kommt er in vermehrter, aber nicht verbesserter Gestalt zur Ausführung. Das eigentliche Mittelstück der Verhandlungen dieses Jahres, die Zuckersteuervorlagen, gelangte erst im Mai d. J. auf die Tafel des Reichstages.

*

Ueber den Verlauf der gestrigen zwei Sitzungen des Reichstages, in denen noch sehr wichtige Abstimmungen vorgenommen wurden, schreibt uns unser Berliner bg-Korrespondent:

Die letzte Sitzung vor der Vertagung — eigentlich waren es zwei, die durch eine Pause von einer Stunde von einander getrennt waren — gestaltete sich zu einer der interessantesten der Session. Der ganze Vormittag gehörte der zweiten Lesung des Süßstoffgesetzes. Die ungewohnt frühe Stunde mußte das Haus von vornherein in eine sehr vergnügte Stimmung versetzt haben, denn die einzelnen Reden weckten, auch wenn sie durchaus ernst gemeint waren, stürmische Heiterkeit. Besonders erfolgreich war der freisinnige Abgeordnete Hermes in dieser Beziehung, als er in etwas verstiegenem Pathos von Hinschlachten, Vergewaltigen und Brutalisieren der Saccharin-Industrie sprach.

Den Standpunkt unserer Partei vertrat Genosse Edmund Fischer, der in der agrarischen Gewaltthat der Monopolisierung der Saccharinindustrie den besten Beweis für den Einfluß einer kleinen Zahl von Großgrundbesitzern auf unsere Gesetzgebung sah. Das Gesetz selbst wurde in namentlicher Abstimmung über den entscheidenden Paragraphen mit 193 gegen 115 Stimmen angenommen. Mit der Linken stimmten etwa 10 Nationalliberale und 3 Centrumsabgeordnete. Die Entschädigungsfrage, zu der noch Genosse Ledebour das Wort nahm, wurde in der Weise geregelt, daß auf Antrag Gamp für die Berechnung eine Gewinnhöhe von 4 Mark per Kilogramm für die Industriellen angesetzt wurde.

In der 2. Sitzung am Nachmittag waren die 3. Lesung des Zuckersteuer-, des Süßstoffgesetzes, der Konvention und die Gesamtabstimmung über die Branntweinsteuernovelle vorzunehmen. Alle Welt erwartete, daß die Tagesordnung in einer knappen Stunde erledigt werden würde. Doch es kam anders. Es hatte sich so viel Explosionsstoff angesammelt, daß es noch heftige Zusammenstöße gab.

Zuerst wurde ein kleines Duell zwischen Singer und Richter ausgefochten. Richter suchte durch heftige Angriffe auf die Sozialdemokratie die Abstimmung seiner Partei über die Zuckersteuer zu verschleiern. Dem Betreiben der Freisinnigen ist es bekanntlich zuzuschreiben, daß die Verbrauchsabgabe auf Zucker, entgegen den niedrigeren Kommissionsbeschlüssen auf 14 Mark festgesetzt wurde. Singer blieb Herrn Richter die Antwort nicht schuldig und erinnerte ihn daran, daß seine Partei ihre Sitze im Hause zum großen Teile der Stichwahlhilfe der Sozialdemokratie verdanke.

An dieses Duell, das der Rechten großes Vergnügen bereitete, schloß sich die Abstimmung über die Zuckersteuer. Die Verbrauchsabgabe wurde in Höhe von 14 Mark bestätigt, das Gesetz selbst fast einstimmig angenommen.

Bei der Beratung der Brüsseler Konvention machten die Agrarier den Versuch, in einem Amendement der Regierung die Hände zu fesseln und die Kündigung und Verlängerung der Brüsseler Konvention vom Willen des Reichstags abhängig zu machen, ein Vorschlag, gegen den von sozialdemokratischer Seite nichts einzuwenden ist. Präsident Graf Ballestrem erklärte aber von vornherein, daß er es für geschäftsordnungsmäßig unzulässig halte, Vorlagen der Regierung anders, als mit Ja und Nein und etwa so zu erledigen, daß an das Ja bestimmte Bedingungen geknüpft werden. Wenn die Wirkung dieser Erklärung auch durch den nachträglichen Kotau vor den Agrariern vom Grafen Posadowsky abgeschwächt wurde, so veranlaßte sie doch die Antragsteller, ihren Antrag schleunigst zurückzuziehen. Genosse Singer hielt dem Grafen Posadowsky das Verkehrte seines Thuns energisch vor.

Bei dieser Gelegenheit kam es noch zu einem Zusammenstoß zwischen dem Grafen Bülow und dem Fürsten Herbert Bismarck. Die beiden Herren scheinen sich nicht sehr zu lieben. Sie sagten sich allerhand Unangenehmes in der höflichsten Form. Das Haus genoß diese Auseinandersetzung mit unverhohlenem Vergnügen.

Die Abstimmung über die Brüsseler Konvention ergab ihre Annahme mit der großen Majorität von 209 gegen 103 Stimmen. Das Ergebnis wurde von der Linken mit lautem Beifall aufgenommen. Nachdem noch die Branntweinsteuernovelle in der Gesamtabstimmung angenommen worden war, stand das Haus vor den üblichen Schluß- und Dankesworten. Es folgte das Hoch auf den Kaiser. Unsere Genossen hatten schon vorher den Sitzungssaal verlassen. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 12. Juni 1902.

Aus dem preußischen Landtage.

H. **Berlin,** 11. Juni. Das Abgeordnetenhaus erledigte am Mittwoch zunächst die zweite Lesung des Gesetzentwurfs betr. die Vorausleistungen zum Wegebau und nahm sodann eine Resolution an, die einen Gesetzentwurf verlangt, nach welchem der Staat auch außerhalb des Bereiches der Ansiedelungskommission die Ansiedelung mittlerer und kleinerer Landwirte unternimmt.

Es folgte dann die Beratung des Anti-Alkoholantrages des Abg. Graf Douglas, der in der Kommission verschiedene Aenderungen erfahren hat und mit einem wahren Kuddelmuddel von Anträgen belastet ist. Eine längere Debatte entfesselte sich nur bei dem Antrage 7, der die Schließung der Gast- und Schankwirtschaften während des Hauptgottesdienstes an Sonn- und Feiertagen verlangte. Der freisinnige Abg. Wetekamp wies treffend darauf hin, daß durch diese Bestimmung hauptsächlich unschuldige Sonntagsausflügler getroffen würden.

Der freisinnige Abg. Schulz nahm sich der Gastwirte an und charakterisierte zutreffend die Leute, die auf der einen die Trunksucht eindämmen wollen, während sie anderseitig so viel Schnaps wie möglich zu brennen suchen.

Die konservativ-klerikale Mehrheit nahm dann selbstverständlich die Beschlüsse der Kommission an.

Unter den Petitionen befand sich auch eine solche des Hannoverschen Journalisten- und Schriftstellervereins betr. die Behandlung des Redakteurs Bredenbeck und die Abschaffung des journalistischen Zeugniszwanges. Die Kommission hatte Uebergang zur Tagesordnung beantragt. Der Abg. Dr. Krieger (Freis. Vp.) befürwortet einen Antrag auf Ueberweisung zur Erwägung, der aber bei der Mehrheit dieser „Volksvertretung" keinen Anklang fand.

Morgen stehen Petitionen und die dritte Lesung der Lex Adickes auf der Tagesordnung. —

Die Erdrosselung der Saccharinfabrikation.

In fünf Fabriken, zu Salbke bei Westerhüsen a. d. Elbe, Staßfurt, Höchst a. M., Radebeul und Elberfeld, wurde bisher Saccharin hergestellt. Die erstgenannte Fabrik stellt nur Saccharin her, die Fabrik zu Radebeul produziert die größte Menge. Die Produktion hat im Betriebsjahr 1899-1900 1593 Doppelcentner betragen. Der Inlandsverbrauch aber nahm davon nur 593 Doppelcentner in Anspruch, der Rest wurde ausgeführt namentlich nach Großbritannien, Rußland und den Vereinigten Staaten. Da künftig Saccharin im Interesse des Zuckerkonsums nur mit Einschränkungen, wie sie selbst nicht für das gefährlichste Gift bestehen, abgesetzt werden darf, so werden die genannten Fabriken gegen die ihnen zugesagte Entschädigung den Betrieb einstellen und dem Reiche überlassen, für eigene Rechnung den geringen, den Apotheken, Krankenhäusern und Kuranstalten noch gestatteten Bedarf zu befriedigen.

Ein Führer der Nationalliberalen äußerte, nach der „Sächs. Arbeiterzeitung", in einem Gespräch über dieses Gesetz: „Am einfachsten wäre doch, zur Vermeidung solcher Specialgesetze das Strafgesetzbuch durch einen Paragraphen zu vervollständigen, wonach jeder mit dem Tode bestraft wird, der künftig eine Erfindung macht, deren Anwendung dem Absatz irgend eines landwirtschaftlichen Produktionszweiges zum Nachteil gereichen kann."

Aber noch in einer anderen Beziehung ist die Erdrosselung der Saccharin-Fabrikation interessant, worauf auch die „Sächs. Arbeiterztg." aufmerksam macht. Trotz der schamlosesten Ausplünderung des eigenen Volkes, trotz der ungezählten Millionen direkter und indirekter Staatsunterstützungen, trotz den unaufhörlichen gesetzgeberischen Experimenten, trotz der unbezweifelten technischen Ueberlegenheit über ihre Konkurrenten ist es der deutschen Zuckerindustrie nicht gelungen, gute und stabile Verhältnisse zu schaffen. Wer kein Brett vor dem Kopfe hat, muß sich bei der Sachlage sagen, daß in dem ganzen System offenbar ein Fehler stecken muß. Und so ist es auch. Worauf ist denn alles Experimentieren in der Zuckerfabrikation schließlich hinausgelaufen? Sie diente, wie alle kapitalistischen Unternehmungen, nicht der Bedürfnisbefriedigung, sondern der Profitschaffung, nicht die volkswirtschaftliche Produktivität, sondern die privatwirtschaftliche Rentabilität war die Richtschnur. Deshalb die Verschleuderung des Zuckers ins Ausland mit gleichzeitiger Unterbindung des Konsums im Inlande. Aber gerade dieser Umstand mußte zum Erstarken einer Surrogat-Industrie, der Saccharinfabrikation, führen. Kein vernünftiger Mensch wird darauf verfallen, Saccharin zum Süßen seiner Speisen und Getränke zu verwenden, wenn er Zucker billig haben kann, es sei denn, daß ihm sein Gesundheitszustand den Genuß von Zucker verböte. Man könnte daher durch Verbilligung des Zuckers ohne Schwierigkeiten das Saccharin vom Markte verdrängen. Das bezweckte auch der sozialdemokratische Antrag beim Zuckersteuergesetz, die Verbrauchsabgabe zu beseitigen. Aber davon wollen die bürgerlichen Parteien nichts wissen, denn das bedeutet eine Reichs-Einkommensteuer. Und bei aller Routine in der Steuerhinterziehung, die sich die Kapitalisten mit der Zeit erworben haben, ist doch eine solche Steuer lästiger als die indirekten Steuern, die meistens von den — anderen gezahlt werden.

Das einzige rationelle Mittel zur Bekämpfung des Saccharins wollen also die Junker nicht angewendet wissen. Lieber vergreifen sie sich an der „Heiligkeit" des Eigentums und tasten einen Stein im Fundament dieser „gottgewollten Weltordnung" an, indem sie die Expropriation der Saccharin-Fabriken fordern. Um Gründe sind sie ja nicht verlegen.

Aber wie würden dieselben Leute schreien, wenn wir die Expropriation der Zuckerfabriken fordern wollten! Und doch ist das im Prinzip nichts anderes. Technisch ist sie ohne weiteres durchführbar; und daß die Versorgung des Volkes mit Zucker dann weit rationeller erfolgen könnte als heute, werden auch die rabiatesten Junker nicht zu leugnen wagen. Indessen würde die Heiligkeit des Eigentums sofort wieder aufmarschieren, wenn man damit Ernst machen wollte. Es giebt also, wie wir schon sagten, offenbar verschiedene Grade dieser Heiligkeit! Im Widerstreit mit junkerlichen Interessen sinkt sie sogar auf Null herab.

Neugierig sind wir unter diesen Umständen darauf, wie die Junker hinfort die sozialdemokratische Forderung auf Vergesellschaftung der Produktions- und Austauschmittel bekämpfen wollen. —

Soireepolitik.

Die „Elberfelder Zeitung" berichtet über einen Vorfall, der sich auf einer parlamentarischen Soiree beim Staatssekretär Grafen Posadowsky zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Frhrn. v. Richthofen und dem „Times"-Korrespondenten zutrug. Der Staatssekretär habe dort, nachdem ihn Saunders angeredet, zu diesem so ernst und nachdrücklich, daß die Umstehenden es hörten, gesagt: „Niemand hat zur Vergiftung der öffentlichen Meinung in England gegen Deutschland mehr beigetragen als Sie. Ich habe es auch wiederholt Ihrem Herrn Botschafter gesagt, daß bei dem Einfluß der „Times" in England und dem Widerhall ihrer Aeußerungen in Deutschland Ihre tendenziöse, vergiftende Berichterstattung geradezu

als Unheil für beide Länder zu betrachten ist."

Inwieweit der englische Journalist von seinem Rechte, über die deutschen Zustände seine persönliche Meinung nach England zu berichten, einen guten oder schlechten Gebrauch gemacht hat, lassen wir ganz dahingestellt. Aber interessant ist, daß ein Mann, den ein Staatssekretär so öffentlich abzukanzeln für notwendig hält, von einem anderen Staatssekretär zu einer Soiree eingeladen wird. Und ebenso interessant ist die sonderbare Art von Gastfreundschaft, die es für zulässig hält, einen eingeladenen Gast derart grob und kasernenhofmäßig coram publico herunterzuputzen. — Am interessantesten aber ist die groteske Ansicht des Staatssekretärs, daß die internationalen Beziehungen zwischen Deutschland und England auf der Spitze der Feder eines beliebigen Zeitungskorrespondenten beruhen. Wenn Herr Saunders noch ein amerikanischer Journalist, also ein „kommandierender General" wäre! —

Deutschland.

Berlin, 12. Juni. Der Reichskanzler hat den bayerischen Mitgliedern des Reichstages, welche heute früh in München zu den Sitzungen des bayerischen Landtages anwesend sein mußten, die nötigen Wagen für den nachts dorthin gehenden Expreßzug zur Verfügung stellen lassen; so daß sie noch an den Schlußabstimmungen über die Zucker- und Branntweinsteuer im Reichstage teilnehmen konnten. —

— Der Schluß des Landtages ist, wie sich jetzt herausstellt, bestimmt nicht mehr in dieser Woche zu ermöglichen. Der Bericht der Fleischbeschaukommission wird frühestens heute fertig; das Gesetz kann also vor Anfang der nächsten Woche nicht dem Herrenhause übermittelt werden. —

— Die Zolltarif-Kommission hat am Mittwoch mit Rücksicht auf den frühen Beginn der Plenarsitzungen des Reichstags eine Sitzung nicht abgehalten. —

— **Thielens baldiger Rücktritt** wird von allen Seiten als feststehende Thatsache betrachtet. Die „Rhein.-Westf. Ztg." weiß zu den üblichen Gründen für diesen Entschluß, als da sind Nichtdurchsetzung des Kanals, hohes Alter, Krankheit, noch einen Grund anzuführen. Das alldeutsche und deshalb dem deutschen Kaiser nicht besonders gewogene Blatt schreibt: „Als einen indirekten Wink aber, seinen Rücktritt in Aussicht zu nehmen, mußte es Minister v. Thielen auffassen, als er im vergangenen Jahre unter allgemeiner Teilnahme aller hohen Beamtenkreise Preußens und des Reiches seinen 70. Geburtstag feierte, Kaiser Wilhelm 2. aber nicht die geringste Notiz davon nahm. Weder ein Orden, noch ein Bild, noch ein einfacher Glückwunsch sind damals aus dem Schlosse in dem Ministerium in der Wilhelmstraße eingetroffen. Es ist gewiß nicht zu verwundern, wenn der Minister die auffallende Ignorierung dieses Festtages durch den Monarchen als ein deutliches Zeichen auffaßte, daß man seinen Rücktritt an höchster Stelle wünsche." — Als Nachfolger Thielens werden v. Podbielski, ferner der Oberfinanzrat Lehmann, der Direktor der Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. Thoma und verschiedene Generale a. D. genannt, so der Generalmajor v. Schubert, des Freiherrn v. Stumm Eidam, und der General Budde, den man schon vor Jahren, da er noch aktiver Oberst war und dem Kriegsministerium angehörte, als den kommenden Mann für das Eisenbahnressort bezeichnete. —

— **Alldeutsche Schmerzen.** Die „Rhein.-Westf. Ztg." jammert: „Heute, in der Zeit der Geschenkpolitik, sind Ueberraschungen an der Tagesordnung. Sie berühren oft peinlich und erwecken gerade nicht sehr großes Zutrauen zu dem neuesten Kurs. Höflichkeit ist ja bekanntlich eine Zier, sie wirkt aber aufdringlich und verfehlt vollständig ihren Zweck, namentlich im internationalen Leben, wenn sie unerwidert bleibt. So haben wir es in der letzten Zeit erleben müssen, daß von uns aus Telegramme in das Ausland gingen, die sämtlich in der Sprache des Empfängers abgefaßt waren, ohne daß diese Höflichkeit vom Ausland erwidert wurde. . . . Wenn Bülow, wie er oft gesagt hat, den Bismarckschen Kurs weiter steuern will, so muß er in erster Linie für energische, deutsche Repräsentation unseres Vaterlandes dem Ausland gegenüber Sorge tragen. Es ist traurig, daß man heute unseren Staatsmännern das Wort ins Gedächtnis zurückrufen muß: Gedenke, daß du ein Deutscher bist!" — Was kann der arme Bülow dafür, wenn man in andern Ländern noch nicht bis zur Zinne seiner eigenen Höflichkeit gelangt ist! —

— **Auf den Hund gekommen** ist bereits die Zollpolitik des Bundes der Landwirte. Auf der Hauptversammlung der südwestlichen Abteilung des Bundes der Landwirte in Mannheim am letzten Sonntag ging es äußerst vergnüglich her. Besonderen Beifall erntete ein pfälzischer Bauer, der in seinem Dialekt u. a. ausführte: „Caprivi hot den Karre in Dreck nei geführt, aber der Geist Bismarck's soll erhalte bleiwe. Bülow sieht feiner aus, aber was hawe mer davon? Den Unterschied sieht mer schon am Hund. (Große Heiterkeit.) Den Bismarck sei Hund, des ischt ä deutsche Dogg gewesen, die ischt gestande wie ä deutsche Eich . . . ., der annere ischt ä englischer Pudel, der werd geschore, wie wir von de Engländer. Das läßt tief blicke! (Großer Beifall.)" — Graf Bülow hat bekanntlich statt des Bismarckschen Tyras einen schön geschorenen schwarzen Pudel als Begleiter. Das Mohrchen wird stolz sein darauf, daß ihm auch schon politische Bedeutung zugemessen wird. —

— **Schonungslos soll die Presse sein,** so hat sich kürzlich der Polizeipräsident von Kiel, v. Puttkamer, ausgesprochen. Sehr im Widerspruch dazu steht eine Meldung aus Kiel, wonach wegen Besprechung der sogenannten Kieler Polizeimißgriffe ein gerichtliches Verfahren gegen den Verleger und den verantwortlichen Redakteur der „Kieler Neuesten Nachrichten" auf Veranlassung des Polizeipräsidenten v. Puttkamer eingeleitet worden ist. — Danach scheint bei dem Herrn Polizeipräsidenten zwischen Theorie und Praxis eine große Kluft zu bestehen. —

Bremen, 12. Juni. Pastor Weingart wurde gestern in Borgfeld bei Bremen gewählt. Hier hat das hannoversche Konsistorium und das weimarische Staatsministerium „nix to seggen", so daß der Fall Weingart nunmehr wohl endlich zur Ruhe kommen dürfte. —

Leipzig, 11. Juni. Wie das „Leipziger Tageblatt" meldet, wurde Reichsgerichtsrat Winchenbach zum Senatspräsidenten beim Reichsgericht ernannt; ferner wurden der Rechtsanwalt beim Reichsgericht Justizrat Krantz und der Ministerialrat im badischen Justizministerium Dr. Düringer zu Reichsgerichtsräten vom 1. Juli d. J. ab ernannt. Es ist ordentlich ein Wunder, daß einmal kein Staatsanwalt sich unter den zu Reichsgerichtsräten beförderten Juristen befindet. — Wie nach einem Telegramm des „Berl. Tgbl." von hier in Buchhändlerkreisen neuerdings verlautet, sollen unter Beteiligung von Berliner Buchhändlern neue Unterhandlungen zur Gründung einer nationalen deutschen Buchhändlerbank eingeleitet sein. —

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde am Freitag der Kammerjäger Hüls, genannt Asmus, wohnhaft in Hamburg, nach nichtöffentlicher Verhandlung zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten verurteilt. —

Oesterreich-Ungarn.

Der Fall Klofac.

Nach Eröffnung der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erhebt sich Präsident Graf Vetter und weist in einer Erklärung die vorgestrigen Angriffe des Abgeordneten Klofac auf den deutschen Kaiser zurück. Nach ihm ergreift auch Ministerpräsident v. Körber das Wort zu demselben Zwecke. Er führt u. a. aus: „Hohes Haus! Am Schlusse der gestrigen Sitzung, dem ich nicht mehr beiwohnen konnte, hat sich eine Scene zugetragen, auf die ich hier zurückkommen muß. Wenn ich sagen würde, die Regierung weise die gefallenen Worte — ich will vorerst davon absehen, wem sie gelten — mit Entrüstung zurück, so brächte das nicht richtig mein Empfinden zum Ausdruck. Eher könnte ich sagen, wir weisen diese Worte, diese Vorfälle mit Betrübnis zurück . . . Die Urheber solcher Vorfälle vergehen sich schwer an dem Staat. Sie können allerdings die Politik des Staates nach außen nicht schädigen. Unter diesen Verhältnissen ist der Standpunkt der Regierung klar vorgezeichnet. Sie bringt ihn zur Geltung, indem ich erkläre, die Beantwortung der aus diesem Anlaß an mich gerichteten Interpellation abzulehnen."

Frankreich.

Die Zahl der Interpellationen

die der neuen Kammer vorliegen, beträgt bereits 7, wovon diejenigen über die allgemeine Politik heute diskutiert werden. Unter den übrigen Interpellationen befindet sich eine des Abg. Mirman über die Affaire Humbert. Die Regierung scheint nach dem Zwischenfall zwischen dem Justizminister Vallee und dem Generalstaatsanwalt Bulot jedoch keinerlei Neigung zu besitzen, darauf einzugehen. —

Großbritannien.

Ueber die Ausbildung der englischen Offiziere

ist soeben ein Blaubuch erschienen. Der Bericht über die Fähigkeiten und den Bildungsgang der Kadetten lautet sehr absprechend. Verlangt wird vor allem, daß die zukünftigen Offiziere sich befleißigen, wenigstens eine fremde Sprache, deutsch oder französisch beherrschen zu lernen und daß sie „etwas" von der Geographie und Geschichte des betreffenden Landes kennen. Interessant sind die Schlußfolgerungen der Untersuchungskommission; es heißt dort: Aber von allen diesen Reformen werde man nichts zu erwarten haben, wenn das Avancement nicht von den Fähigkeiten abhängig gemacht werde, wenn die Fleißigen und Intelligenten sehen müssen, daß sie von denen, die nichts leisten, aber Vermögen besitzen oder sich hoher Protektion erfreuen, überflügelt werden. —

Oberst Lynch

wurde gestern vor dem Bowstreet-Polizeigericht des Hochverrats angeklagt und nach der formellen Beweisaufnahme über seine Verhaftung bis Sonnabend zurückgestellt. Lynch benahm sich auf der Anklagebank mit kühler Gleichgültigkeit. In einem früheren offenen Brief an Black und White hat Lynch erklärt, er sei Burgher der Südafrikanischen Republik gewesen, als er für dieselbe die Waffen ergriff; doch sei seine Handlung auch als irischer Protest gegen die Mißregierung aufzufassen. Nachmittags beantragte der irische Abgeordnete Oberst Nolan beim Polizeigericht die Freilassung Lynchs gegen Kaution, doch wurde der Antrag abgelehnt. —

Rußland.

Was die Censur erlaubt hat.

Die russische Censur in Warschau hat der polnischen Presse ausführliche, kritisierende Artikel der Marienburger Kaiserrede erlaubt. Die Kritik der Warschauer Presse fällt sehr scharf aus. Auch die russische Presse kritisiert die Marienburger Kaiserrede in langen und scharfen Artikeln, und die russische Censur erweist sich hier nicht als Hemmnis. Das ist bezeichnend. —

Kleine politische Nachrichten. Auf dem Internationalen Arbeiterversicherungs-Kongreß zu Düsseldorf werden außer Frankreich noch vertreten sein: Oesterreich, Belgien, Luxemburg, Schweiz, Rußland, Norwegen und Schweden, Dänemark, Spanien, Großbritannien, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, der Australische Staatenbund, Italien. Aus letzterem Land liegen allein etwa hundert Anmeldungen vor. — Unter die Redakteure ist Graf Pückler gegangen. Eine besondere Beilage der „Staatsbürger-Zeitung", welche die letzte Rede ausführlich wiedergiebt, nennt nämlich als verantwortlichen Redakteur „Graf

---

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Das selige Ueberbrettl.

Humoreske von Leon Holly.

(6. Fortsetzung.)

Am nächsten Vormittag saß der Direktor des verflossenen Ueberbrettls „Lallende Seelen" beim Frühstück und las einen Brief, welcher mit den Morgenblättern gebracht worden war. Der Inhalt desselben schien kein besonders erfreulicher zu sein, denn der erhabene Mann ballte während der Lektüre des öfteren zähneknirschend die Hand und murmelte Worte, aus denen selbst der größte Optimist schwerlich Segenssprüche gedeutet hätte.

Der Brief lautete folgendermaßen: Verehrtester Direktor! Eben in X. (eine mehrere Stunden entfernte Bahnstation!) angelangt, drängt es uns, Ihnen herzliche Grüße und Wünsche für Ihr ferneres Wohlergehen zu übermitteln. Vielleicht ist Ihnen auch mit einem guten Rat gedient: Gründen Sie nie wieder etwas (mit Ausnahme einer Bankfirma!). Ein Mann, der Käsbohrer heißt, sollte überhaupt vorsichtiger sein! Wir ziehen es vor, anderweitig unser Licht leuchten zu lassen und werden es uns nicht versagen, Ihnen hin und wieder eine Ansichtspostkarte zu senden. Mit Gruß! Ferinand Lampe alias Graf Schmierinsky. Carola Hupfer.

Seufzend ließ der Direktor den Brief sinken und griff zu den Zeitungen. Himmel! was bekam er da zu hören. Der eine Kritiker machte ihm den wohlgemeinten Vorschlag, Gastspiele in Hinterindien und China zu absolvieren oder auch in Deutschland als Schuhplattlergesellschaft zu reisen, sintemal Fräulein Hupfer und Herr Smith zu letztgenannter Kunst hervorragende Befähigung dargethan hätten.

Ein anderer begann seine Recension mit der Behauptung, der Saal der Philharmonie sei bei Eröffnung der Vorstellung zum Brechen und gegen Schluß derselben vom Brechen voll gewesen.

Emanuel Käsbohrer las alle diese gehässigen Anfeindungen mit der philosophischen Ruhe erhabener Gemüter und zu seiner besonderen Ehre muß eingestanden werden, daß ihm sein Frühstück genau so gut mundete wie am Tage vorher.

Wem ist es nicht ebenso ergangen! sagte er sich — Giordano Bruno haben sie als Ketzer verbrannt und nur die falschen Propheten gelangen in der Welt zu Ruhm, Ehre und Reichtum. So ist es!

Er wurde durch ein kräftiges Pochen an seine Thür aufgeschreckt aus seinen Meditationen.

— „Herrein!"

Henry Smith war es, der Amerikaner. Emanuel starrte ihn an wie ein Gespenst. „Mensch!" rief er. „Sie sind noch hier? Sie sind noch nicht durchgebrannt?! Geben Sie mir Ihre Hand, Sie sind ein Ehrenmann."

„Oh — oh — zu viel Ehre!" lehnte der junge Mann bescheiden ab — „übriaens fehlte mir bloß das Reisegeld — sonst . . ."

—„Ha! Auch Du Brutus!"

—„Na na, nur nicht sentimental werden, mein Junge!" sagte Master Smith in seinem gemütlichen Phlegma, gelassen eine Schinkenstulle vom Teller langend — „Gestaten doch, Direktorchen, habe mächtigen Hunger!"

„Ja Mensch! Wie sprechen Sie denn mit mir!" fuhr der Direktor maßlos erzürnt empor.

— „Schnauzen Sie mich nicht so an, Herr Käsbohrer," sagte der andere unter rapidem Kauen — „ich bin in der besten Absicht gekommen, nämlich: ich habe Ihnen einen Vorschlag zu machen!"

„Was? Sie mir einen Vorschlag!" knurrte Emanuel und maß den Ertänzer mit argwöhnischem Blick — „Sie wollen mich doch nicht etwa schon wieder anpumpen?!"

— „Auch dieses! Doch davon später. Also hören Sie mich gefälligst an!-

Wie Sie wissen, war ich längere Zeit beim Varietee. Ich habe da Flöhe dressiert — Sie brauchen nicht fortzurücken, es ist schon lange her! — Ich war sogar Luftequilibrist, doch das war mir zu gefährlich — na gut: zuletzt reiste ich mit einem Freunde zusammen; wir nannten uns Brothers O'Kelly, Musical-Clowns, hatten uns eine famose Nummer zusammengestellt und alles ging tadellos. Da wurde der arme Bob auf einmal krank und ich mußte ihn in Dresden im Spital zurücklassen; dort ist der arme Kerl auch bald darauf gestorben.

Da ich nun lange Zeit einen passenden Partner nicht finden konnte, kam ich zu Ihnen, um beim Ueberbrettl mein Glück zu versuchen. Das ist nun, wie wir schon bei der ersten Vorstellung gesehen haben, erst recht flau und deshalb beabsichtige ich wieder zum Varietee zurückzukehren; es fehlt mir zu meiner brillanten Nummer wie gesagt nur der Partner!"

— „Nun?"

— „Na und offen heraus, weil Sie mit Ihrem Ueberbrettl Pleite gemacht haben, dachte ich mir, wie wär's, wenn Du Dich Deinem verflossenen Direktor gegenüber so anständig zeigtest, ihm die Partnerschaft anzubieten und also — —"

—„Mensch, sind Sie toll geworden!!" donnerte Emanuel Käsbohrer in der ersten Aufwallung seines Zornes, um schließlich in eine länger anhaltende Grübelei zu versinken, aus der er endlich durch ein sehr merkliches Räuspern Master Smiths aufgeschreckt wurde.

— „Na, wie ist's?" frug der Artist.

Da zeigte sich Emanuel Käsbohrers Seelengröße in ihrem schönsten Licht, denn über sein Gesicht flog es wie Verklärung als er seinem ehemaligen Untergebenen die Hand bot und lachend ausrief: „Abgemacht, lieber Freund! Ich gehe zum Varietee! Von morgen ab giebt es wieder die Brothers O'Kelly, Musical-Clowns!" Und wie im Selbstgespräch fügte er leiser hinzu: „Auf daß sich die alte Weisheit auch an uns erfülle: daß alles zu seinem Ursprung zurückkehrt!"

Ende.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 135. Magdeburg, Freitag, den 13. Juni 1902. 13. Jahrgang.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1901

Von Paul Umbreit.

IV.

Die Einnahmen und Ausgaben der Kartelle.

Ueber die Einnahmen und Ausgaben liegen Angaben nur von 311 bezw. 310 Kartellen vor. Leider macht sich gerade hier der Mangel völliger Einheitlichkeit der Berichtsperiode geltend, da dem Rat der General-Kommission, das Kalenderjahr zur Grundlage der Berichterstattung zu wählen, nur 224 gefolgt sind. 3 berichteten für 2 Jahre (1900 und 1901), während 65 über einen teils längeren, teils kürzeren, aber mit dem 31. Dezember 1901 abschließenden Zeitraum berichteten. 24 dagegen beharren noch bei ihrer Berichtsperiode nach eigener Wahl. Gerade im Rahmen einer Statistik stört die Verschiedenheit der Berichtsperioden in empfindlichem Maße. So muß das Bild der Streikausgaben eine Trübung erleiden, wenn die Berichtsperiode einzelner Kartelle an einzelne große Streiks, die allgemein unterstützt wurden, nicht heranreicht. Auch in anderer Weise kann eine nicht einheitliche Statistik nur zu leicht zu Mißdeutungen und schiefen Urteilen führen, die die Kartelle vermeiden können, wenn sie ohne Ausnahme unserem Vorschlage, das Kalenderjahr als Zeitraum der Berichterstattung und Kassenverwaltung zu wählen, Folge leisten.

Die Gesamt-Einnahme der 311 Kartelle beläuft sich auf 294 189 Mark, davon 101 080 Mark aus Beiträgen. Von der Gesamt-Einnahme ist das Ergebnis besonderer Streiksammlungen stets ausgeschieden; dasselbe betrug bei 199 Kartellen 214 104 Mark, so daß insgesamt 508 293 Mark durch die Kartelle vereinnahmt wurden. Hierbei ist zu beachten, daß diese Gesamt-Einnahmen nicht in allen Fällen die für die Erhaltung der Arbeiter-Sekretariate aufgebrachten Mittel umfassen; diese sind nur dort eingerechnet, wo ein einheitlicher Beitrag für Kartell und Sekretariat erhoben wird. Außerdem sind in einer Reihe von Städten durch Vermittlung der Kartelle ziemlich bedeutende Fonds für die Errichtung von Saalbauten und Gewerkschaftshäusern gesammelt worden, die ebenfalls in diesen Einnahmen nicht verzeichnet sind. Immerhin gewährt unsere Zusammenstellung schon ein deutliches Bild des finanziellen Standes der Kartelle.

Die Gesamt-Ausgaben stellen sich für 310 Kartelle (ausschließlich der Streikunterstützung aus Sammlungen) auf 208 349 Mark. Die wichtigsten Ausgaben zeigt folgende Zusammenstellung:

Für Agitation (236 Kartelle)	35 056	Mark
„ Vertreterwahlen (124 Kartelle)	8552	„
„ Gewerkschafts-Bibliotheken (125 Kartelle)	9168	„
„ gemeinnützige Einrichtungen (192 Kartelle)	40 745	„
Davon für Rechtsschutz und Auskunfterteilung (76 Kartelle)	21 806	„
Für Miete u. sonst. Verwaltungskosten (252 Kartelle)	41 931	„
„ persönliche Entschädigung und Gehälter (159 Kartelle)	24 349	„

Besonders dürften im Hinblick auf die Erörterungen über die Streikunterstützung durch Kartelle die diesbezüglichen Ausgaben interessieren, die bei 253 Kartellen 241 450 Mark erreichen. 54 Kartelle hatten überhaupt keine Streikausgaben und nur für 10 fehlten die Angaben, so daß obige Summe annähernd die Gesamtleistung der Kartelle darstellt.

Davon flossen 214 104 Mark aus besonderen Streiksammlungen und 27 346 Mark aus den Kartellkassen. Leider ist das Bild dieser Wirksamkeit in etwas durch die Abweichungen in der Berichtsperiode vom Kalenderjahr bei 9 Kartellen getrübt, so daß ein Vergleich mit den Streikausgaben der Verbände nicht ohne weiteres möglich ist. Immerhin läßt sich ohne umständliche Untersuchung erkennen, was bereits aus der Streikstatistik der Central-Verbände ersichtlich war: daß durch die Gewerkschafts-Kartelle nur der kleinste Teil der Streikunterstützung aufgebracht wird. Das trifft selbst auf Jahre mit großen Abwehrkämpfen zu, die, wie die Streiks der Tabakarbeiter zu Nordhausen und der Glasarbeiter in zahlreichen Orten sowie der Cunewalder Weber, im Berichtsjahre an die Opferwilligkeit zahlreicher Kartelle hohe Ansprüche stellten. Wurden doch in der Schlußabrechnung des Glasarbeiterstreiks allein 107 583 Mark als Eingänge von Kartellen und Sekretariaten quitiert. Wenn trotz dieser starken Beanspruchung der Kartelle die Ausgaben für Streikunterstützung einschließlich der Kartellsammlungen sich in verhältnismäßig engen Grenzen bewegen, so beweist dies, daß die Bedeutung der Kartelle als Geldbewilligungsmaschinen für Streiks vielfach überschätzt worden ist. Die Streikausgaben der Kartelle erreichen noch nicht den zehnten Teil der in den Jahren 1899 und 1900 berechneten Kosten der Streiks centralisierter Gewerkschaften. Die Hauptträger der Streikunterstützung sind also die centralisierten Verbände selbst.

Trotzdem kann die Hilfe der Kartelle bei einzelnen Streiks ganz wesentlich ins Gewicht fallen, wie denn auch bei den vorjährigen Glasarbeiterkämpfen 18 Prozent der gesamten Unterstützung durch ihre Vermittlung aufgebracht wurden. Bei kleineren und örtlichen Kämpfen ist ihre Hilfe oft noch wirksamer.

Prüft man indes rein sachlich, inwieweit die Kartelle als Faktor der Streikfinanzierung noch in Betracht kommen, so bestätigt diese Kartellstatistik die bei der jährlichen Streikstatistik der Verbände zahlenmäßig belegten Erfahrungen. Die Kartelle selbst mögen aus diesen Statistiken die Nutzanwendung ziehen, ihr Eingreifen bei Streiks auf solche außergewöhnliche Kämpfe zu beschränken, bei denen sie von den Vorständen der beteiligten Organisationen um Hilfe angegangen werden, und zugleich die Verbandsleitungen in ihrem Bestreben zu unterstützen, die Mitgliedschaften selbst zur Sammlung beruflicher Streikfonds anzuhalten.

Deutscher Reichstag.

(191. Sitzung.)

Berlin, den 11. Juni 1902.

Am Bundesratstisch: Graf Bülow, Frhr. v. Thielmann, Frhr. v. Richthofen, v. Podbielski, Graf v. Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die

zweite Beratung eines Süßstoffgesetzes.

Die Regierungsvorlage wollte das Saccharin mit einer Verbrauchsabgabe von 80 Mark für ein Kilogramm belegen; die 15. Kommission, an die das Gesetz zunächst verwiesen war, setzte den Steuersatz auf 60 Mark fest. Darauf wurde das Gesetz vom Plenum der Zuckersteuerkommission überwiesen, die einen neuen Gesetzentwurf ausgearbeitet hat, wonach ein Verbot der Herstellung von künstlichem Süßstoff außer in staatlich konzessionierten Betrieben, der Apothekenzwang für den Verkauf von Süßstoff und die Bestrafung schon des bloßen Besitzes von mehr als 50 Gramm Saccharin festgesetzt wird.

§ 1, der die Definition des künstlichen Süßstoffes enthält, wird debattelos angenommen.

§ 2 bestimmt in der Fassung der Zuckerkommission, daß es, abgesehen von gewissen Ausnahmen (§§ 3—5) verboten ist: a) Süßstoff herzustellen oder Nahrungs- oder Genußmitteln bei deren gewerblicher Herstellung zuzusetzen; b) Süßstoff oder Süßstoffhaltige Nahrungs- oder Genußmittel aus dem Auslande einzuführen; c) Süßstoff oder süßstoffhaltige Nahrungs- oder Genußmittel feilzuhalten oder zu verkaufen.

Abg. Dr. **Hermes** (Freis. Vp.): Durch diese Bestimmungen soll eine blühende Industrie hingeschlachtet werden. Die Beschlüsse bedeuten die Vergewaltigung einer entwicklungsfähigen Industrie, eine Brutalisierung der Minorität durch die Majorität — —

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie meinen doch nicht die Majorität dieses Hauses? Diese dürfen Sie nicht der Brutalität zeihen. (Große Heiterkeit.) Wenn Sie aber irgend eine allgemeine Majorität meinen, so wäre es etwas anderes. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. Dr. Hermes (fortfahrend): Diese Beschlüsse einer agrarischen Mehrheit atmen den Geist des Mittelalters, sie erinnern an das Schicksal eines Danziger Erfinders, der wegen Erfindung einer neuen Dreschmaschine sogar ersäuft wurde. (Stürmisches Gelächter rechts.) Die agrarische Partei vertritt nur die Interessen von 25 000 Großgrundbesitzern. (Großer Lärm rechts.) Die Regierung ist mitschuldig an dieser Interessenwirtschaft! Womit hat die Saccharin-Industrie dieses Todesurteil, das heute gefällt ist, verdient? (Lärm rechts.) Die der Vernichtung geweihte Saccharin-Industrie kann heute mit den Worten Talbots ausrufen: „Unsinn, du siegst, und ich muß untergehen!" (Beifall links. Stürmisches Gelächter rechts.)

Präsident Graf **Ballestrem** teilt mit, daß eine Vorlage auf Vertagung des Reichstages bis zum 14. Oktober eingegangen ist.

Abg. Graf **Carmer** (kons.): Der Herr Vorredner vertritt gerade zum größten Teil Rübenbauern und ich hoffe, daß diese ihm bei der nächsten Wahl die gebührende Antwort auf die Rede erteilen werden. Wir werden das Gesetz in der Kommissionsfassung annehmen.

Abg. **Fischer**-Sachsen (Soz.): Der Herr Vorredner hat sich so kurz gefaßt, weil er für das Saccharinverbot keinen anderen Grund wußte, als daß es den Agrariern unbequem ist. Dieses Verbot bedeutet aber einen agrarischen Gewaltakt, wie er bisher noch nicht dagewesen ist. Daß das Saccharin den Zucker jemals verdrängen könnte, ist ausgeschlossen. Wenn der Zuckerkonsum nicht höher gestiegen ist, so lag das nicht am Saccharin, sondern an den hohen Zuckerpreisen. Das Saccharin war bisher eine Wohlthat für die Aermsten der Armen, die den Zucker nicht bezahlen können. Gerade das Saccharin könnte zu einer Erhöhung des Zuckerkonsums führen, da es an den Genuß süßer Speisen gewöhnt und in besseren Zeiten dann zum Genuß von Zucker führt. Den Schutz, den Sie hier den Armen gewähren wollen, geben Sie ihnen lieber beim Zolltarif, und machen Sie ihnen nicht den Genuß von Obst durch hohe Zölle unmöglich. Wir werden die Annahme dieses Gesetzes ja nicht verhindern können, aber wir werden das Volk darüber aufklären, wie der Reichstag unter dem Einfluß einer kleinen Zahl von Großproduzenten Gesetze macht, die den größten Teil der Bevölkerung schwer schädigen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Becker** (Centr.): Meine politischen Freunde werden für den Kommissionsbeschluß eintreten.

Abg. **Pachnicke** (Freis. Vg.): Als Abg. Rösicke-Kaiserslautern vor Jahresfrist den Vorschlag machte, den Apothekenzwang für Saccharin einzuführen, mußte er diesen Antrag als aussichtslos zurückziehen; und heute ist derselbe Antrag nahe daran, eine Mehrheit im Reichstag zu finden! Die Regierung stimmt heute der Vernichtung der Saccharinindustrie zu, ohne dafür auch nur einen Grund anführen zu können. Es ist bedauerlich, daß sich die Regierung unter der Führung des Grafen Bülow auf eine so abschüssige Bahn hat leiten lassen. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Hasse** (nl.): Ich werde mit einer Anzahl meiner Freunde gegen diesen Paragraphen und falls er angenommen wird, gegen das ganze Gesetz stimmen.

Abg. **Gamp** (Rp.): Ich bitte um Annahme der Kommissionsbeschlüsse, die den Apothekern den Vorteil gewähren, daß sie das Saccharin steuerfrei erhalten.

Abg. **Speck** (Centr.): Ich bin mit einem Teil meiner Freunde nicht in der Lage, den Kommissionsbeschlüssen zuzustimmen. Ich halte mich nicht für berechtigt, eine Industrie auf diese Weise zu vernichten. Ueber die Stellung der Sozialdemokratie habe ich mich gewundert; der Gedanke einer Regulierung der Saccharinproduktion entspricht doch gerade ihrem Ideal. (Abg. Singer ruft: Aber zu anderen Zwecken!)

Abg. **Hoffmann**-Hall (südd. Vp.): Hoffentlich wird der Kommissionsbeschluß ebenso zu Fall kommen, wie gestern die Kontingentierung. Man spricht vom Interesse der Landwirtschaft. Für unsere kleinen Bauern in Süddeutschland trifft das durchaus nicht zu. Gestern haben Ihnen die Beschlüsse des Plenums wenig gefallen, heute werden sie Ihnen noch weniger gefallen. Ich bitte Sie, die ganze Kommissionsvorlage abzulehnen.

Abg. Dr. **Paasche** (natl., mit großer Heiterkeit empfangen): Wir halten es für richtiger, daß der Saccharinindustrie nicht erst allmählich durch Steuern das Lebenslicht ausgeblasen wird, sondern daß man ihr auf einmal gegen eine anständige Entschädigung ein Ende macht. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Damit schließt die Diskussion. § 2 wird in namentlicher Abstimmung mit 193 gegen 115 Stimmen angenommen. Dafür stimmen die Konservativen, die Reichspartei, der überwiegende Teil des Centrums, die Polen, Welfen und Antisemiten und der größte Teil der Nationalliberalen; dagegen die Sozialdemokraten, die freisinnigen Parteien, ein Teil des Centrums (so die Abgeordneten Wellstein, Dr. Rintelen und Speck) und eine Minorität der Nationalliberalen (die Abgeordneten Bassermann, Depken, Dr. Endemann, Dr. Esche, Dr. Hasse, Dr. Semler,

---

Feuilleton.

Nachdruck verboten

Die Erbschleicherinnen.

Roman in zwei Bänden von Ernst von Wolzogen.

(56. Fortsetzung.)

Die nächsten Wochen im Hause der Majorin gestalteten sich so unruhig, daß Lizzi kaum die Zeit fand, ihre Aufgaben für Fräulein Orjes zu lernen. Die Wohlthätigkeitskonzerte, die Theeabende im christlichen Verein junger Männer mit belegten Butterschnitten und erbaulichen Ansprachen frommeifernder Aristokraten, die Bazare und ähnliche Veranstaltungen zum Besten der Weihnachtsbescherungen für arme Kinder häuften sich in dieser letzten Zeit so, daß oft mehrere dergleichen auf denselben Abend fielen. Lizzi erregte überall einige Aufmerksamkeit, da bei allen diesen frommen Festlichkeiten die entschieden hübschen Mädchen eine Seltenheit waren. Bei einem Bazar wirkte sie in einem der schönsten oberbayerischen Bauernkostüme, das die Majorin besaß, als Verkäuferin mit und hatte einen so großen Erfolg, daß die übrigen jungen Damen vor Neid fast barsten. Und Lizzi war weltlich und eitel genug, sich hierüber ganz unbefangen zu freuen. Daheim wurden gleichzeitig die Vorbereitungen für das Fest, welches am Sylvesterabend stattfinden sollte, eifrigst betrieben. Mehrere Nähmädchen waren den ganzen Tag mit Ausbessern und Umändern von Kostümen beschäftigt, denn die Majorin stellte der Mehrzahl ihrer Gäste selbst die Anzüge, in denen sie erscheinen sollten. Vormittags über kam die Entreeklingel fast gar nicht zur Ruhe und das kleine Empfangszimmer wimmelte beständig von Gardeoffizieren, Referendaren, und besonders von jüngeren und älteren Mädchen, mit oder ohne Müttern, welche von der Majorin eingeladen worden waren und über die bei dem Feste zu übernehmenden Rollen mit ihr Rücksprache nehmen wollten. Ohne Lizzis Hilfe wäre die gute Dame jetzt kaum fertig geworden, denn es war eine wahre Sisyphusarbeit, in diesem Wirrsal von Ansprüchen und Wünschen einigermaßen Ordnung zu schaffen und seine Absichten durchzusetzen, ohne rechts und links die kleinen Eitelkeiten zu verletzen, die lieben Vorurteile zu kränken und Bosheit zu ernten, wo man nur eitel Freude säen wollte. Die Abfertigung der Besuche war noch bei weitem die angenehmste und leichteste Arbeit. Das Schrecklichste war die Erledigung der Korrespondenz, die sich auf allermindestens ein halbes Dutzend Briefe täglich belief. Kaum eine von den jungen Herrschaften, von den Damen besonders, gab sich mit der ihr ursprünglich zugedachten Rolle sogleich zufrieden und die zuerst übersendeten Kostüme wurden fast regelmäßig wieder zurückgeschickt. Das Fräulein von X. hatte das Fräulein von Y. besucht und bei der Gelegenheit entdeckt, daß jene ein neueres und kostbareres Gewand zugeteilt erhalten habe, als sie selbst. Fräulein von X. sah nicht ein, warum sie durchaus als Vogelscheuche erscheinen sollte, und schrieb infolgedessen einen höflichen Absagebrief an die Majorin mit irgend einer ganz vagen Entschuldigung. Die spinöse junge Frau von W. war entrüstet über die Zumutung, in einem Direktoiregewande erscheinen zu sollen, welches eine ganz schamlose Entblößung von ihr fordere, während die schon etwas reifere Frau von Z. um die Erlaubnis bat, die Taille ihres goldgestickten Patrizierinnenkostüms um eine Hand breit tiefer ausschneiden zu dürfen. Man sei im sechzehnten Jahrhundert eben nicht prüde gewesen, und sie halte es bei einer solchen Gelegenheit für ihre Pflicht, ihre modernen Vorurteile der historischen Treue zum Opfer zu bringen. Fräulein von P., die lang und dürr war, wie ein Besenstock, und in einem lebenden Bilde als Hexe mit einer Maske figurieren sollte, hatte sich's plötzlich in den Kopf gesetzt, als Amor mit kurzer Tunika und Flügelchen erscheinen zu wollen und die kleine, dicke, rotwangige Superintendententochter, Fräulein M., welcher der Amor oder vielmehr Puck zugedacht war, schrieb sehr betrübt, sie müsse die Rolle leider dankend ablehnen, da Mama ihr nicht erlauben wolle, ihre Waden zu zeigen. Ein paar zweifellose Thränenflecke, auf dem sonst so sauber geschriebenen Briefchen, bezeugten die Tiefe ihres Schmerzes. Thatsache war, daß fast sämtliche Damen die Echtheit der Kostüme nicht zu würdigen wußten, sondern vielmehr an ihrem ehrwürdigen Duft, ihrem unkleidsamen Schnitt, den verschossenen Farben und der oft freilich recht auffallenden Flickarbeit Anstoß nahmen. Auch die patenten Herren machten zum großen Teil Schwierigkeiten und erklärten, sich lieber vom Maskenverleiher ausstaffieren lassen, als sich mit dem alten, von Motten zerfressenen Plunder behängen zu wollen. Es kostete viel Ueberredungskunst und nicht wenig Tinte, um alle diese Entrüstungen zu beschwichtigen, diese Eitelkeitswunden zu bepflastern und unter dem bunt zusammengewürfelten Heerhaufen nur einigermaßen wieder Manns- und Weibszucht herzustellen. Jede Beruhigung bedeutete aber freilich nur einen Waffenstillstand und die Majorin wußte sehr wohl aus bösester Erfahrung, daß besonders widerspenstige Geister oft noch am Vorabend des Festes sich aufbäumten und kalt lächelnd den Erfolg des Ganzen in Frage stellten. Aber diesmal erleichterte Lizzis Hilfe der Majorin die schwere Aufgabe doch wesentlich, denn wo deren Ueberredungskunst versagte, sprang Lizzi mit einem Scherz, einem übermütigen Machtwort helfend ein.

Lizzi war sehr froh, daß die atemlose Geschäftigkeit dieser Zeit vor Weihnachten ihr alle weiblichen Handarbeiten unmöglich machte. Sie haßte das Sticken und Stricken, das Häkeln und sonstiges Gebastel. Nur eins war ihr leid, daß sie vor lauter Wohlthätigkeitsveranstaltungen keine Zeit mehr fand, zu ihrem eigenen Wohl etwas zu thun. Sie war gar nicht mehr ins Deutsche Theater gekommen und hatte ihre Absicht, mit Milka Grönroos wieder anzuknüpfen, nicht ausführen können. Auch ihren sogenannten Bräutigam, das Krajesovicherl, hatte sie nicht ein einziges Mal mehr zu Gesicht bekommen, obwohl ihn die Majorin schriftlich eingeladen hatte, sich doch ja auf dem Bazar einzufinden, wo Lizzi als Verkäuferin thätig war. Er hatte sich schriftlich entschuldigt mit seiner angestrengten Vorbereitung zum Examen, die er durchaus nicht unterbrechen dürfe. Lizzi selbst nahm den Bösewicht, trotzdem sie sich schwer gekränkt fühlte, aufs eifrigste in Schutz, was jedoch nicht verhindern konnte, daß die Majorin Verdacht schöpfte und mit einigem Bangen der hämischen Prophezeiung der Geheimrätin gedachte.

Lizzi war so unvorsichtig gewesen, der Majorin nicht zu verschweigen, daß ihre finnische Freundin allem Anschein nach eine Nihilistin oder so etwas Aehnliches sei, und die gute Dame, welche als stockkonservative Royalistin und gläubige Christin selbstverständlich der Ueberzeugung war, daß solche Leute mit dem leibhaftigen Satan auf du und du stehen

Büsing und Prinz Schönaich-Carolath). Mit der Majorität des Centrums stimmte Abg. Dr. Heim für den § 2.

§§ 3—10 werden ohne Debatte angenommen.

§ 11 regelt die Entschädigung für die außer Betrieb zu setzenden Saccharin-Fabriken. Nach der Kommissionsfassung soll den Inhabern von Süßstoff-Fabriken, die als solche bereits vor dem 1. Januar 1901 betrieben worden sind und die Herstellung von Süßstoffen auch in der Zeit vom 1. April 1901 bis 1. April 1902 fortgesetzt haben, eine Entschädigung gewährt werden, deren Betrag für jede einzelne Fabrik unter Ausschluß des Rechtsweges festgesetzt wird. Die Entschädigung soll das Sechsfache des jährlichen Reingewinnes nicht übersteigen. Wird der Inhaber einer bestehenden Süßstoff-Fabrik auch weiterhin zur Herstellung von Süßstoff ermächtigt, so kann ihm der Bundesrat eine einmalige Abfindung gewähren. Die Inhaber der Fabriken sind verpflichtet, von der ihnen gewährten Entschädigung ihren Beamten und Arbeitern, die infolge des Verbots aus ihrer Beschäftigung entlassen werden, eine Entschädigung zu gewähren. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die Entlassung als eine Folge dieses Gesetzes anzusehen ist, entscheidet die für Lohnstreitigkeiten zuständige Schiedsinstanz.

Abg. Gothein (Freis. Vgg.) und Dr. Müller-Sagan (Freis. Vpt.) beantragen, daß die Entschädigung bis zum Achtfachen des jährlichen Reingewinnes betragen solle.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Vpt.) beantragt weiter, die Entschädigung auch den Inhabern von Süßstoff-Tabletten-Fabriken zu gewähren.

Abg. Gothein (Freis. Vgg.) stellt den Antrag, auch den Inhabern kaufmännischer Geschäfte, die mindestens den vierten Teil ihres Geschäftsgewinnes aus dem Vertrieb künstlicher Süßstoffe erzielt haben, eine Entschädigung zu gewähren, die das Dreifache des aus diesem Geschäftszweige erzielten Jahresgewinnes betragen soll.

Die Abgg. Gamp (Rpt.), Dr. Paasche (natl.), Graf v. Carmer (kons.) und Müller-Fulda (Ctr.) beantragen eine andere Fassung der Bestimmungen über die Entschädigung, die sich jedoch im wesentlichen mit den Kommissionsvorschlägen deckt. Danach soll die Entschädigung das Sechsfache eines Jahresgewinnes nach dem Durchschnitt der Jahre 1898—1901 betragen unter Annahme der Gewinnhöhe von 4 Mark für jedes Kilogramm chemisch reinen Süßstoffes.

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (Freis. Vp.) begründet seinen Antrag.

Reichsschatzsekretär Frhr. **v. Thielmann** spricht gegen die Anträge Müller-Sagan und Gothein.

Abg. **Gamp** (Rp.): Mit dem Grundgedanken der Kommission sind wir einverstanden.

Abg. **Gothein** (Freis. Vg.) bittet, seinem Antrag zuzustimmen.

Abg. **Müller-Fulda** (Centr.) bittet um Annahme des Antrages Gamp.

Abg. **Ledebour** (Soz.): Es ist von der Mehrheit sehr inkonsequent, daß sie für einen nach ihrer Meinung gesundheitsschädlichen Stoff eine Entschädigung gewähren will. Wenn aber einmal eine Entschädigung gewährt wird, dann sollten sie die Zuckerfabriken zahlen. Wir sind deshalb prinzipiell gegen jede Entschädigung, wenn aber eine solche beschlossen wird, so sollen nicht nur die Fabrikanten, sondern auch die Arbeiter daran teil haben.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Gamp wird mit großer Mehrheit angenommen und mit diesen Aenderungen § 11 in der Kommissionsfassung.

Auf Antrag Gamp (Rp.) wird weiter ohne Debatte als § 12 folgende Bestimmung neu aufgenommen: „Der Reichskanzler ist befugt, von dem Tage der Publikation dieses Gesetzes ab den einzelnen Fabriken den von ihnen herzustellenden Höchstbetrag von Süßstoff vorzuschreiben."

Eine Reihe weiterer Paragraphen wird debattelos erledigt.

Nach § 27 soll das Gesetz am 1. April 1903 in Kraft treten.

Ein Antrag Gothein, diesen Termin bis zum 1. September 1903 (dem Termin des Inkrafttretens des Zuckersteuergesetzes) hinauszuschieben, wird debattelos abgelehnt. § 27 und der Rest des Gesetzes wird unverändert angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präs. Graf Ballestrem beraumt die nächste Sitzung an auf Mittwoch 3 Uhr mit der Tagesordnung: 1. Antrag wegen Vertagung des Reichstages, 2. dritte Lesung des Zuckersteuergesetzes, 3. dritte Lesung des Süßstoffgesetzes, 4. dritte Lesung der Brüsseler Konvention, 5. Gesamtabstimmung über die Branntweinsteuer-Novelle.

Schluß 2 Uhr. —

(192. Sitzung.)

Berlin, 11. Juni 1902, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratstisch: Reichskanzler Graf Bülow, Graf Posadowsky, Freiherr v. Thielmann, v. Podbielski, Freiherr v. Rheinbaben.

Zunächst wird in einmaliger Beratung der Gesetzentwurf betreffend Vertagung des Reichstags bis zum 14. Oktober 1902 ohne Debatte einstimmig angenommen.

Es folgt die

dritte Beratung des Zuckersteuergesetzes.

Artikel 1 betr. die Aufhebung der Kontingentierung wird debattelos angenommen.

Artikel 2 handelt von der Zuckersteuer. In der zweiten Lesung war dieselbe auf 14 Mark festgesetzt. Abg. Bernstorff-Uelzen (Welfe) beantragt einen in der 2. Lesung abgelehnten Antrag Gamp jetzt anzunehmen. Der Antrag Gamp lautet: Erreichen die Reichseinnahmen aus der Zuckersteuer einen Betrag, welcher die Summe von 2,10 Mark auf den Kopf der Bevölkerung überschreitet, so ist der Ueberschuß anzusammeln und es ist, sobald der angesammelte Betrag 10 Millionen Mark überschreitet, im Wege der Reichsgesetzgebung zum Zwecke der Herabsetzung der Verbrauchsabgabe darüber zu verfügen.

Abg. Graf **Bernstorff**-Uelzen (Welfe) bittet um Annahme dieses Antrages. Die Regierung habe in der Kommission durchblicken lassen, daß sie für einen solchen Antrag schließlich zu haben sein wird.

Reichsschatzsekretär Frhr. **v. Thielmann:** Das habe ich allerdings durchblicken lassen, aber nur insofern, als es sich darum handelte, weit ungünstigere Anträge beiseite zu schieben.

Abg. **Richter** (Freis. Vp.): Für den vorliegenden Antrag könnte ich nur stimmen, wenn die Worte „im Wege der Reichsgesetzgebung" daraus gestrichen würden, dann würde sich die Sache automatisch regeln. Wir sind für diese Steuer nicht aus Liebedienerei gegen die Regierung, sondern um die Opposition gegen neue Steuern von vornherein zu stärken! (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Preuß. Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben bittet, es bei den Beschlüssen der zweiten Lesung zu belassen.

Abg. Richter stellt formell zu dem Antrag Bernstorff-Uelzen (Welfe) den Unterantrag, die Worte „im Wege der Reichsgesetzgebung" zu streichen.

Abg. **Singer** (Soz.): Wir sind für alle Schritte zu haben, um die Zuckersteuer nach Möglichkeit zu ermäßigen und erachten allerdings den Antrag Bernstorff für einen solchen. Ueber das Amendement Richter habe ich mich gewundert. Herr Richter, der doch sonst ein Vorkämpfer für das Budgetrecht des Reichstages ist, will hier die Mitwirkung des Reichstages vollständig ausschalten. Die heutige Rede des Herrn Richter schien nur eine Entschuldigung für die Abstimmung seiner Partei nach außen zu sein. Herr Richter mißbilligt die Zuckersteuer, hebt sie aber nicht auf, weil er fürchtet, daß dann die Regierung mit anderen neuen Steuern kommt. Wer zwingt denn die Herren von der Freisinnigen Volkspartei, einer solchen Regierungsvorlage zuzustimmen? Darf man prinzipielle Forderungen deshalb verleugnen, weil man sich zufällig in der Minorität befindet? Für ein solches Vorgehen wird das Volk draußen kein Verständnis haben! Herr Richter scheint sich ja als mehr verantwortlich für die Reichskasse zu fühlen, als die verantwortlichen Minister selber! Was nützen die schönen Reden des Herrn Richter gegen die Militär-, Marine- und Kolonialpolitik, wenn er hier die drückendsten Steuern zu konservieren sucht. Die Verantwortung dafür, daß wir jetzt, statt einer Steuer von 12 beziehungsweise 10 Mark, eine solche von 14 Mark haben, trifft einzig und allein die Freisinnige Volkspartei! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Preußischer Handelsminister **Möller:** Ich bitte Sie, den Antrag Bernstorff und das Amendement Richter abzulehnen.

Abg. Dr. **Barth** (Freis. Vgg.): Es ist ganz klar, daß noch viel drückendere Steuern kommen werden, wenn die Verbrauchsabgabe fällt. Daher halten wir den Weg des Abg. Singer für sehr thöricht.

Abg. Dr. **Spahn** (Centr.) erklärt, daß seine Partei an den Beschlüssen zweiter Lesung festhalten wird.

Abg. **Richter** (Freis. Vp.): Wenn es nach der Sozialdemokratie gegangen wäre, so hätten wir jetzt als Erfolg ihrer weisen Finanzpolitik eine Steuer von 16 Mark. Mit Ihrer (zu den Sozialdemokraten) Taktik, die zur Ablehnung der Konvention geführt hätte, besorgen Sie zuletzt nur die Geschäfte des Bundes der Landwirte. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich halte es für richtig, die Dinge im Zusammenhang zu betrachten und nicht eine Steuer aufzuheben, von der man nicht weiß, ob nicht eine schlimmere nachkomme. (Lebhafter Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. **Singer** (Soz.): Wenn es Herrn Richter solche Genugthuung gewährt, hier gegen uns zu Felde zu ziehen, so kann er uns dafür danken: denn wir haben ihm die Möglichkeit gegeben, hier zu erscheinen.

Präs. Graf Ballestrem: Ich bitte Sie geradeaus zu sprechen, sonst kann ich Sie ja nicht hören und das ist uns doch sehr interessant. (Gr. Heiterkeit.)

Abg. Singer (fortfahrend): Die Schulmeisterei, die sich Herr Richter uns gegenüber angewöhnt hat —

Präs. Graf Ballestrem: Herr Abg., das Wort Schulmeisterei in diesem Sinne — sonst bedeutet es etwas sehr Ehrliches (Gr. Heiterkeit) — einem Kollegen gegenüber ist nicht zulässig.

Abg. Singer (fortfahrend): Ich habe keine Lust, Herrn Richter in den Ausführungen zu folgen, die er von uns gebraucht hat. Seine ganze Selbstlosigkeit gehört dazu, um denjenigen, die gegen seinen Willen nach seiner Meinung höchst volksfeindliche Gesetze machen, die Deckung dafür auf dem Präsentierteller entgegenzubringen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Diese Politik aber machen wir nicht mit! Herr Richter sagt, er könne nur Anträge stellen, für die er eine Majorität findet. Die meisten Anträge aber, die er gestellt hat — und ich rechne ihm das zur Ehre an — haben eine Majorität nicht gefunden.

Herr Richter meinte, wenn der Antrag auf 14 Mark abgelehnt wäre, wäre es bei 16 Mark geblieben. Wir waren aber sicher, daß, wenn schon die Freisinnige Volkspartei der Regierung eine Steuer von 14 Mark anbot, sicher eine Mehrheit dahinterstand, daß wir ruhig für Aufhebung der Steuer resp. für eine niedrigere Steuer stimmen konnten. Würden wir eine Zornespolitik treiben, so könnte die heutige Rede für den Abg. Richter bei der nächsten Wahl üble Folgen haben; aber haben Sie keine Angst, wir sind gewohnt, bei den Wahlen immer das kleinere Uebel zu wählen und werden lieber den Abg. Richter als die Agrarier wählen. (Große Heiterkeit.) Die Taktik des Herrn Richter wird nur beeinflußt von der Rücksicht, wie sich das Centrum bei den nächsten Wahlen gegen die Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei verhalten wird. Die Ausführungen des Herrn Richter haben seine Position nicht verbessert; wir aber sagen nur; wer zuletzt lacht, lacht am besten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Richter** (Freis. Vp.): Ich habe vorhin nur so laut gesprochen, weil die Aufregung bei Ihnen (zu den Soz.) so groß war. (Lebh. Oho-Rufe bei den Soz.) Sie sehen ja, es geht schon wieder los. (Große Heiterkeit.) Wenn ich heute auf meine 30jährige Thätigkeit zurückblicke, so kann ich sagen: viel habe ich zwar nicht durchgesetzt, aber manches habe ich verhindert und es ist mir vielleicht gelungen, eine größere Belastung von den unteren Volksklassen abzuwenden, als der Sozialdemokratie. (Abg. v. Kardorff ruft: Zucker, Zuckerl [Heiterkeit].) Nachdem der Abg. Singer diese Dinge aufs Tapet gebracht hat, muß ich doch das Recht haben, darauf zu erwidern.

Präs. Graf Ballestrem: Meine Herren! Ich will ja nicht behaupten, daß die Auseinandersetzungen zwischen den Abgg. Singer und Richter der reine Zucker sind (Stürmische Heiterkeit. Der Reichskanzler nickt dem Präsidenten lächelnd zu und klatscht leise in die Hände; erneute Heiterkeit.), nachdem aber der Abg. Singer darauf eingegangen ist, kann ich Herrn Richter nicht hindern, darauf zu antworten. (Allgemeine Zustimmung.)

Abg. Richter (fortfahrend): Wir haben die meisten Stichwahlen aufzuweisen, weil wir zwischen der äußersten Linken und der Rechten stehen. Wir danken aber niemand für die Wahlunterstützung, weil sie immer nur im Interesse der Partei geschieht, die uns braucht. Bezüglich meiner Wahl hat sich Herr Singer gründlich verhauen; ich bin in der Stichwahl gegen einen Sozialdemokraten gewählt worden. (Große Heiterkeit.)

Damit schließt die Diskussion. Nach Ablehnung des Amendements Richter wird der Antrag Bernstorff abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird debattelos erledigt und das Zuckersteuergesetz in der Gesamtabstimmung fast einstimmig angenommen. Das Süßstoffgesetz wird debattelos in der 3. Lesung und in der Gesamtabstimmung angenommen.

Es folgt die Beratung der **Brüsseler Konvention.** Ein Antrag Herold (Centr.), Graf Kanitz (kons.) und v. Kardorff (Rp.) verlangt, daß die Kündigung des Vertrages für den 1. September 1908 und die späteren Jahre rechtzeitig zu erfolgen hat, falls der Reichstag die Zustimmung zu dieser Verlängerung nicht vorher gegeben hat. — Dazu liegt ein Amendement Singer-Barth vor, das der Regierung auch die Möglichkeit nimmt, ohne Zustimmung des Reichstags die Konvention vorher zu kündigen.

Abg. Graf Kanitz (kons.) sucht nachzuweisen, daß der Strafzoll gegen Prämienzucker dem russischen Handelsvertrag widerspricht.

Direktor im Auswärtigen Amt v. Körner bestreitet das.

Abg. Dr. **Barth** (Freis. Vgg.): Rußland steht jetzt einer solchen Phalanx der anderen Staaten in der Zuckerfrage gegenüber, daß es nichts thun kann.

Dieser Antrag ist nicht einmal konsequent. Der Reichstag soll bei einer Verlängerung gefragt werden, von einer Kündigung steht aber im Antrag nichts. Dieser Antrag gegen die Autorität der Regierung geht von den Parteien aus, die immer den Spruch im Munde führen: „Autorität, nicht Majorität." (Beifall links.)

Präs. Graf **Ballestrem:** Es giebt nur zwei Wege der Behandlung von Vorlagen. Die Vorlagen können entweder angenommen oder abgelehnt werden. Es ist nach der Geschäftsordnung nicht zulässig, an die Annahme von Vorlagen Bedingungen, Erwartungen oder Voraussetzungen zu knüpfen. Derartige Anträge kann ich nach der Geschäftsordnung nicht zur Abstimmung bringen. (Lebhafte Zustimmung links, Unruhe rechts.)

Reichskanzler Graf **Bülow:** Die verbündeten Regierungen müssen den Antrag Herold für unannehmbar erklären. Wenn die verbündeten Regierungen dem in diesem Antrage enthaltenen Grundsatze zustimmen würden, so könnte die gleiche Forderung aus dem Reichstage heraus gegenüber allen kündbaren internationalen Abkommen des Reiches erhoben werden. (Sehr richtig! links.) Den verbündeten Regierungen muß das Recht gewahrt bleiben, nach ihrem Ermessen auch die Kontinuität eines bestehenden Zustandes bis auf weiteres aufrecht zu erhalten. Die Annahme des Antrages Herold würde für die verbündeten Regierungen gleichbedeutend sein mit der Ablehnung der Konvention. (Große Bewegung.)

Abg. **Herold** (Centr., zur Geschäftsordnung): Ob die Auffassung des Herrn Präsidenten im Hause allgemein geteilt wird, erscheint mir sehr zweifelhaft. Da aber diese Ansicht von so autoritativer Seite ausgesprochen ist und mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses halte ich es für angezeigt, den Antrag zurückzuziehen. (Anhaltende Bewegung auf allen Seiten des Hauses.) Da wir nun durch die Stellungnahme des Reichskanzlers in die Zwangslage versetzt sind, zu der Konvention entweder ja oder nein zu sagen, so kann ich erklären, daß sich jetzt ein größerer Teil meiner Freunde gegen die Konvention ablehnend verhalten wird. (Große Unruhe links.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky:** Im Namen der verbündeten Regierungen erkläre ich, daß unter keinen Umständen die Ratifikation der Brüsseler Konvention erfolgen wird, ehe das Zuckersteuergesetz von den verbündeten Regierungen angenommen ist.

Abg. Dr. **Rösicke**-Kaiserslautern (B. d. L.) stellt fest, daß die englischen Vertreter sich ausdrücklich vorbehalten haben, Prämienzucker aus seinen Kolonien anders zu behandeln wie anderen Prämienzucker.

Direktor **v. Körner** bestreitet das.

Abg. **Singer** (Soz.): Ich muß es als geradezu unerhört bezeichnen, daß nach der bestimmten Erklärung des Reichskanzlers Graf Posadowsky die Majorität anfleht, von ihrer Auffassung abzustehen. Es hätte nur noch gefehlt, daß Graf Posadowsky den Agrariern eine Kaution anbot. Da darf sich die Regierung nicht wundern, wenn sie bei den Agrariern immer größeren Widerstand findet. Eine solche Nachgiebigkeit der Regierung, die sich den Agrariern mit gebundenen Händen ausliefert, muß doch den Widerstand der Junker immer mehr reizen! Wir haben ja gewiß den geringsten Anlaß, die Regierung zu stärken, wir werden uns aber das heutige Verhalten der Regierung merken und ihr bei anderen Gelegenheiten nachweisen, was ihre Nachgiebigkeit hier verschuldet hat. Für den Antrag Herold, der ja zurückgezogen ist, hätten wir gestimmt. Wir wollen eine Parlamentsherrschaft. Freilich machen wir uns die einseitige Motivation der Antragsteller nicht zu eigen. Sie rechnen sich nur Ihren eigenen Nutzen heraus, wir vertreten den Nutzen der Gesamtheit. Die Kündigung, wie die Verlängerung soll von dem Willen des Parlamentes abhängig sein. Dadurch wird die Würde des deutschen Reiches nicht geschädigt. Zu der Auslegung der Geschäftsordnung des Abg. Herold möchte ich meine Ansicht dahin präcisieren, daß die Geschäftslage des Hauses es nicht verbietet, an die Annahme einer Vorlage eine Bedingung zu knüpfen. Damit festgestellt wird, wer gegen die Entlastung des Volkes von einer drückenden Steuer stimmt, beantrage ich über die Konvention namentliche Abstimmung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky:** Meine Erklärung bezog sich nicht auf den Antrag Herold, sondern auf den Kommissionsbeschluß, wonach das Inkrafttreten der Konvention gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Zuckersteuergesetzes erfolgen solle. Mit agrarischen Neigungen hat diese Erklärung nichts zu thun.

Abg. Fürst **Bismarck** (wild-kons.): Ich habe den Antrag Herold nicht unterschrieben, weil ich die Konvention für einen Sprung ins Dunkle halte. Wenn auf die eventuelle Stellungnahme des ersten Reichskanzlers Bezug genommen ist, so möchte ich sagen, es waren damals andere Zeiten, als der erste Reichskanzler die Geschicke des Reiches lenkte.

---

müßten, wollte infolgedessen durchaus nichts davon wissen, daß ihre Schutzbefohlene mit einer so gefährlichen Person in näheren Verkehr trete. Trotzdem faßte sich Lizzi wenige Tage vor Weihnachten ein Herz und bat die Majorin inständig, ihr doch zu erlauben, Fräulein Grönroos zu ihr zu bringen und sie für einen der Festtage einzuladen. Sie stellte ihr lebhaft vor, eine wie große Wohlthat sie gerade diesem einsamen, verhärmten Geschöpf damit erweisen würde, wenn sie es einmal wieder hineinschauen ließe in das sonnige Behagen eines friedlich frohen, christlichen Heims. Damit könnte sie wirklich ein Gott wohlgefälliges Werk der Barmherzigkeit thun und vielleicht sogar eine irrende Menschenseele vor der Verzweiflung retten. Diesem letzten Argument vermochte Frau von Goldacker nicht zu widerstehen. Im Grunde genommen war sie übrigens auch sehr begierig, sich mit eigenen Sinnen zu überzeugen, was für eine Art Menschenkinder denn diese schrecklichen Ungläubigen und Umstürzler in der Nähe besehen seien. Wenn es ihr gelänge, sie zu bekehren — ein herrlicher Gedanke! Sie wollte auch Pastor Werkmeisters Beistand anrufen, falls ihre Kräfte nicht ausreichten. Sie konnte sich nicht vorstellen, daß irgend jemand Pastor Werkmeister widerstehen könnte, und sei er der verstockteste Bösewicht. Hatte er doch erst kürzlich durch seine Redegewalt und sein herrliches Organ sogar einen als rettungslos aufgegebenen Trunkenbold bis zu Thränen gerührt und ihm das Versprechen abgerungen, nie mehr seine Frau prügeln zu wollen!

Am 22. Dezember durfte sich Lizzi auf den Weg nach der Landsbergerstraße machen. Frau Rösicke, die scheußliche Alte, empfing sie, obwohl sie sie gleich wieder erkannte, mit äußerst mißvergnügter Miene, wies nur mit dem Daumen über die Achsel nach der Stubenthür und sagte: „Jehn Se man rinn, wenn Se warten wollen. Det Freilein wird woll gleich wiederkommen."

Lizzi folgte dieser freundlichen Aufforderung und fand zu ihrem Schrecken, daß das Zimmer noch ungeheizt und unaufgeräumt, trotzdem es bereits zwölf Uhr war. Und außerdem war die abscheuliche Luft von einem dicken Tabaksqualm erfüllt, der sich in wolkigen Ballen wie flüchtend davonwälzte, als sie die Thür öffnete.

Nein, sie konnte es in dieser Atmosphäre unmöglich aushalten. Sie öffnete das Fenster weit, trotzdem es draußen bitter kalt war, und dann wehte sie heftig mit dem Thürflügel, um den Rauch hinauszujagen. Die angenehme Wirtin stand draußen im Gang und schimpfte über den Zug, der ihr die ganze Wohnung auskühle.

Da wurde Lizzi sehr böse und schrie, ohne sich in ihrer Thätigkeit stören zu lassen, das keifende Weib laut an: „Wann S' die Hält'n net mögen, warum machen S' denn dann net eher d' Fenster auf? I kann nur net begreifen, wie Fräulein Grönroos a solche schlampige Wirtschaft dulden kann! Um Mittag noch net amal 's Zimmer z'samm'g'richt und ka Feuer im Ofen. Schamen S' Ihne net?"

„Wie meenen Se?" fuhr die Alte grimmig auf. „Schämen soll ick mir! Jawoll doch — as wi icke — he! Un von wejen Feier — nee, is nich, mein Joldkind! Erst berappen, sonst jibt et keen' Kien und keen' Spon. Von die hab' ick mir lange jenuch vor'n Narren halten lassen. Nu hab' ick et aber dicke! Zum Ersten muß je 'raus! Der Teibel soll mir holen, wenn ick nochmal mir mit so 'n Frau'nzimmer einlasse, die nich mal 'ne anständige Herrenbekanntschaft hat. Also riskier'n Se man jo keene Lippe — wenn Ihnen det zu kalt is da drinne, denn kennen Se ja ooch wieder jehen! Wejen meiner brauchen Se sich nich weiter uffzuhalten."

Lizzi hatte von dem ganzen gemeinen Wortschwall nur so viel verstanden, daß Fräulein Grönroos bei der Alten Schulden habe. Kurz entschlossen zog sie ihre Börse, entnahm ihr eine Doppelkrone und drückte sie dem Scheusal in die rasch ausgestreckte Hand mit den Worten: „Da, so jetz geben S' aber a Ruh und machen S' a tüchtigs Feuer rein. Ich wer' Ihne helfen beim Aufräumen."

Frau Rösicke hielt das Goldstück gegen das Licht und steckte es dann, befriedigt grinsend, in ihr Portemonnaie.

„Na, jehen Se," sagte sie freundlich, „uff die Art lass' ick mit mir reden. Ick hab' et mir doch gleich jedacht, det Sie 'n anständiges Mädchen sin. Det hab ick gleich an den feinen Herrn jemerkt, der Ihnen neilich abjeholt hat. Aber natierlich jo 'n ollet, dürret Jestelle, wie de die is . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Reichskanzler Graf **Bülow:** Ich kann dem Herrn Vorredner nicht zugeben, daß die Konvention ein Sprung ins Dunkle sei. Sie ist in der Kommission durchberaten, Sachverständige sind gehört, das Haus hat drei Tage lang darüber verhandelt, es liegt ein ungeheures Material über sie vor, — wer jetzt noch immer nicht weiß, welche Stellung er zu der Konvention einnehmen soll (Zuruf links: An dem ist Hopfen und Malz verloren! Stürmische Heiterkeit links, unter der die letzten Worte des Reichskanzlers verloren gehen.)

Abg. Fürst **Bismarck** (wild-kons.): Der Reichskanzler hat selbst von dem ungeheuren Material gesprochen, das über die Konvention vorliegt. Dieses haben wir nur ganz kurze Zeit prüfen können. Ich zweifle ja nicht, daß die verbündeten Regierungen mit dem sachverständigen Reichskanzler an der Spitze das Beste wollen, weise aber speciell darauf hin, daß sich 70 Zuckerfabriken gegen die Konvention erklärt haben, und muß meine Behauptung aufrecht erhalten, daß es sich um einen Sprung ins Dunkle handelt.

Reichskanzler Graf **Bülow:** Als erster Beamter des Reichs habe ich nicht vor allem die Interessen der Zuckerfabriken sondern die Interessen der Allgemeinheit zu wahren. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Fürst **Bismarck** (wild-kons.): Ich wundere mich, daß der Herr Reichskanzler eine so selbstverständliche Allgemeinheit noch besonders betont. (Sehr richtig! rechts.) Ich weise es zurück, als ob ich die Interessen der Zuckerfabriken hier vertrete, auch ich vertrete, wie jeder Abgeordnete, die Interessen der Allgemeinheit. (Lachen links.)

Damit schließt die Diskussion. Die einzelnen Artikel der Konvention werden angenommen, ebenso in der Gesamtabstimmung, die eine namentliche ist, die ganze Konvention mit 209 gegen 103 Stimmen. (Die Fragestellung des Präsidenten lautete einfach auf Annahme oder Ablehnung der Konvention ohne jeden Zusatz.)

Hierauf wird die Branntweinsteuer-Novelle in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen.

Präsident Graf **Ballestrem:** Hiermit ist unsere Tagesordnung erledigt. Ich bitte um die Ermächtigung, die nächste Tagesordnung nach Zeit und Gegenstand selbständig festsetzen zu können. — Die Ermächtigung wird erteilt.

Abg. **v. Levetzow** (kons.) übermittelt dem Präsidenten den Dank des Reichstages für die unparteiische und gewandte Leitung der Verhandlungen. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Präsident Graf **Ballestrem:** Dieser Dank ist mir eine besondere Genugthuung. Er gebührt aber nicht nur mir, sondern Ihnen allen, deren Unterstützung ich stets gefunden habe, sowie den übrigen Mitgliedern des Präsidiums.

Ich wünsche Ihnen allen, daß Sie nach guter Erholung während des Sommers im Herbst gestärkt zurückkehren zur Arbeit, zu den schweren und großen Aufgaben, die uns bevorstehen. (Bravo!)

Nachdem der Reichskanzler die kaiserliche Verordnung betr. Vertagung des Reichstages bis zum 14. Oktober verlesen, schließt der Präsident die Sitzung mit einem Hoch auf den Kaiser. Die Sozialdemokraten haben vorher den Saal verlassen.

Schluß 6½ Uhr.

Aus der Parteibewegung.

Die photographierten Maisünder. Anläßlich eines am 1. Mai veranstalteten gemeinsamen Spazierganges erhielten ca. 40 Genossen und Genossinnen in Solingen Strafmandate in Höhe von 5—15 Mark. Die davon Betroffenen legten Berufung ein und beantragten richterlichen Entscheid. Trotzdem in der Schöffengerichts-Verhandlung am Freitag alle vier Zeugen (Polizisten und Gensdarmen) aussagten, in dem „Umzuge" nichts Ordnungswidriges bemerkt zu haben, beantragte der Staatsanwalt Bestrafung; zur Bekräftigung hielt er eine in Großoktav gehaltene Amateurphotographie empor, mit stolzer Stimme verkündend, daß dieser Beweis so kräftig sei, daß er nicht umgestoßen werden könnte. Die Photographie ist vom Dache eines Hauses aus aufgenommen worden, denn tief unten auf der Straße sieht man eine Menschenmasse stehen. Die Sünder wurden denn auch zu je 5 Mark Geldstrafe verurteilt. —

Quittung. Im Monat Mai gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein: Altona-Ottensen, von Formstechern 15 Proz. des Tagelohns am 1. Mai 12,60. Altona, v. d. Arbeitern am Bau d. Tapetenfabrik Hansa-Iven 15,—. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Kreis 180,—. 2. Kreis 600,—. 3. Kreis 1000,—. 4. Kreis Ost 3000,—. 4. Kreis Südost 1000,—. 5. Kreis, sozialdemokratischer Verein 150,—. 6. Kreis 3000,—. 6. Kreis Schönhauser Vorstadt 2000,—. Berlin, diverse Beiträge: 284,80. Bant in Oldenburg, durch die Redaktion des „Volksbl." für Belgien 50,50. Bielefeld, vom Deutschen Holzarbeiter-Verband durch E. K. für Belgien 50,—. Bernsbach im Erzgeb., für Belgien gesammelt 3,60. Bamberg, vom Gewerkschaftskartell für Belgien 10,—. Breslau, sozialdemokr. Verein 50,—, noch für Belgien eingegangen 16,65, Sa. 66,65. Bremen, vom Gewerkschaftskartell für Belgien 30,—. Bromberg, für Belgien durch P. St. 7,50. Bant-Wilhelmshaven 1. Quartal 1902 98,—. Bern 50,—. Bochum, durch die Expedition des „Volksbl." 45,15. Dresden, Merkur 5,—. Falkenberg (Oberschlesien) 2,—. Forst i. L., Parteibeitrag 200,—. Friedrichshagen, ein armer Teufel 5,—. Gotha, durch den Vertrauensmann 60,—. Gießen, E. K. 10,—. Hörde i. W., gesammelt von Mitgliedern des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, die am 1. Mai nicht feiern konnten 9,60. Hamburg, vom Sängerfest durch N. 500,—. Hamburg, 3. Wahlkreis 3000,—. Hastedt b. Bremen, von Parteigenossen 10,—. Hamburg, vom Gewerkschaftskartell für Belgien 341,97. Harburg a. Elbe, 17. hannov. Wahlkreis 200,—. Hamburg, 1. Wahlkreis 3000,—. Hohenstein-Ernstthal, für Belgien gesammelt 11,55. Hamburg, im Monat Mai in der Expedition des „Echo" eingegangen 461,50. Hagen i. W., Ungenannt 3,—. Königsberg i. Pr., Parteibeitrag 100,—. Ludwigshafen a. Rh., von Kesselschmieden für Belgien 10,—. Lübeck, Parteibeitrag 500,—. Mannheim, freiwillige Sammlung am 1. Mai, Quadrat T 5, 20,50. Magdeburg, durch die „Volksstimme" für Belgien 176,90 (davon von den Parteigenossen in Burg 100,—). Mannheim, von H. M. für Belgien 20,—. Meerane, 17. sächsischer Wahlkreis 50,—. Mannheim, sozialdemokratischer Verein 200,—. München, Waldläufer 5,—. Nürnberg, Marcel 2,—. Nürnberg-Altdorf, sozialdemokratischer Verein 20,—. Nürnberg, J. G. S. 5,—. Offenbach a. M., von Hutmachern für Belgien durch M. in Altenburg 5,—. Ohlau-Strehlen-Nimptsch, von Genossen 20,—. Oelsnitz i. V., anderen Orten im Wahlkreise zur Nachahmung 50,—. Paris 80,64. Pulsnitz im 3. sächsischen Wahlkreis von vaterlandslosen Gesellen 2.50. Quedlinburg, Arbeiter-Bildungsschule 12,25. Remscheid, vom 1. Mai-Panoptikum 2,—. Rostock, ursprünglich für Belgien gesammelt, übersandt durch A. B. 273,85. Rahnsdorf, R. u. P. 6,—. Rixdorf, Gesangverein Schneeglöckchen 5,—. Schmiedeberg in Schl., Ueberschuß einer amerik. Auktion durch den Vertrauensmann 2.25. Straßburg i. E., Altvater 5.—. Stuttgart, G. U. 10,—. Stettin, für Belgien gesammelt, übersandt durch H. F. 220,70. Stuttgart, ursprünglich für Belgien gesammelt durch die „Schwäb. Tagwacht" 149,28. Stuttgart, für Belgien gesammelt, übersandt durch O. N. 87,27. Solingen, durch den Kreisvertrauensmann F. 15,— (darunter vom Volksverein Solingen 10,—). Triberg, vom Arbeiterwahlverein 2,08. Wiesbaden, von den Tapezierern, Verband Wiesbaden, durch E. 10,—. Württemberg 100,—. Zeitz-Weißenfels-Naumburg, Wahlkreis 100,—.

Für den Partei-Vorstand:
A. Gerisch, Kreuzbergstraße 30.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 12. Juni 1902.

Das Magdeburger Rathaus

erfreut sich nicht bloß seiner nach dem Alten Markt zu gelegenen alten Fassade, seinem im Ratskeller gelegenen Bischofszimmer und seiner labyrinthartigen Einrichtung im Innern wegen einer gewissen Berühmtheit, sondern auch wegen seiner wunderbar zerstreut liegenden Bureauräume. Jeder Laie glaubt, wenn er den Ausdruck Rathaus hört, daß dieses ein Gebäude sei, in dem sich die kommunale Verwaltung mit allem was darum und daran hängt, befindet. In Magdeburg ist das aber nicht so. Hier befindet sich ein Teil im Rathause auf dem Alten Markt, ein Teil im sogenannten neuen Rathause auf der Spiegelbrücke, während sich der dritte kleinere Teil im Gebäude Hauptwache 5 befindet. Diese Dreiteilung, die sich höchstens als Pendant zum Dreiklassenwahlsystem nett ausnimmt, hat naturgemäß seine großen Uebelstände, die selbst durch eine ausgiebige Telephonanlage nicht ganz aus der Welt geschafft werden können. Diese Uebelstände werden sich mit der ständigen Zunahme der Bevölkerung in demselben Maße vermehren. Die Unterkunft aller kommunalen Verwaltungszweige in einem Centralgebäude ist auch schon im verwaltungstechnischen Interesse unbedingt notwendig. Aus diesem Grunde kann die Frage eines Rathausneubaues für Magdeburg nur eine Frage der Zeit sein. Vielleicht widmet sich der neue Stadtrat Herr Jänsch dieser dankenswerten Aufgabe mit jenem Eifer, den man bei dem früheren Stadtverordneten mehrfach zu bewundern Gelegenheit gehabt hat. An einer jetzt brachliegenden Baustelle wird es doch sicher nicht fehlen. —

— **Achtung, Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter!** In dem großen Lohnstreite in Kiel muß noch immer mit größter Schärfe gekämpft werden, weil die Unternehmer jede Unterhandlung abgelehnt haben. In bürgerlichen Blättern wird vielfach die Nachricht verbreitetet, die Aussperrung in Kiel sei beendet. Diese unwahre Behauptung ist aber eine absichtliche nnd wissentliche Lüge, um dadurch Arbeitswillige — insbesondere Zimmerer zum Zuzug nach Kiel zu veranlassen. — Wenn — wie wir für selbstverständlich halten — sich keine arbeitswilligen Zimmerer in Kiel melden, um ihren kämpfenden Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen, so ist die Arbeiterschaft dort ihres Sieges gewiß. —

— **Zur Nachahmung empfohlen.** Unserer vor einigen Tagen erlassenen Aufforderung, den früheren Ladenschluß auch für die Geschäfte der Altstadt eintreten zu lassen, scheint man jetzt immer mehr nachzukommen. Die hiesigen Firmen: D. Lichtenstein, O. Grimme, H. Dobrindt, Bazar Magdeburg, S. Pincus, M. Hanniball, A. Schütz, J. Enderling und L. Marcus machen bekannt, daß sie ihre Geschäfte von heute ab bis zum 1. September cr. um 7½ Uhr morgens öffnen und um 8½ Uhr abends (Sonnabend um 9 Uhr) schließen. Sache der Frauen wird es sein, das löbliche Beginnen all der Firmen dadurch zu unterstützen, daß sie ihre Einkäufe in der angegebenen Zeit besorgen. Wenn die Frauen wollen, können sie viel dazu beitragen, daß auf diesem Gebiete Fortschritte erzielt werden. —

— **Kirchensteuern.** Den Mitgliedern der Paulus-Gemeinde zur Nachricht, daß die für das Rechnungsjahr 1902 zu erhebende kirchliche Umlage von den Gemeindekörperschaften auf nicht weniger als 12% der Staatseinkommensteuer festgesetzt worden ist. Hierbei ist zu bemerken, daß die Einkommen unter 1050 Mark steuerfrei bleiben. — Wer keine Lust hat, solche überflüssigen Steuern zu bezahlen, trete aus der Landeskirche aus. —

— **Die Bewegung der Bevölkerung Magdeburgs** für die Woche vom 13. bis zum 19. April war nach dem Bericht des hiesigen statistischen Amts folgende: Geboren wurden 69 männliche, 72 weibliche, zusammen 141 Personen: totgeboren 6. Gestorben sind 38 männliche, 24 weibliche, zusammen 62 Personen, darunter an Diphtherie und Croup —. Die Zahl der Zugezogenen betrug 1292, die der Fortgezogenen 1140. Die Bevölkerungszahl am 19. April stellte sich folgendermaßen: Altstadt 91447, Wilhelmstadt 23539, Friedrichsstadt mit Werder 9518, Sudenburg 30774, Neustadt 46908, Buckau 24858, zusammen 227044 Personen (112446 männliche, 114698 weibliche), gegen die Vorwoche mehr 225 Personen. —

— **Kein Tag ohne Neuerungen im Bahnverkehr.** Um den Reisenden die Ausführung von Fußtouren zu erleichtern, werden die Sonntagskarten von Magdeburg (Hauptbahnhof) nach Gommern vom 22. Juni ab zur wahlfreien Hin- und Rückfahrt nach und von Gommern oder Elmen-Salze, und die Sonntagskarten von Magdeburg-Neustadt nach Gommern zur wahlfreien Hin- und Rückfahrt nach und von Gommern oder Schönebeck zugelassen. Aus dem gleichen Grunde erhalten von dem genannten Tage ab die zur Zeit nur nach Thale gültigen Sonntagskarten von Magdeburg (Hauptbahnhof), Magdeburg-Buckau und Oschersleben Gültigkeit zur beliebigen Fahrt nach und von Thale oder Gernrode. —

— **Bei dem Konsum-Verein Neustadt,** eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, ist in das Genossenschaftsregister eingetragen: Nach dem Beschlusse der Generalversammlung vom 19. April 1902 erfolgen Bekanntmachungen unter der Zeichnung von mindestens zwei Vorstandsmitgliedern. Nach dem Beschlusse der Generalversammlung vom 19. April 1902 geschieht die Zeichnung, indem mindestens zwei Vorstandsmitglieder zu der Firma ihre Namensunterschrift beifügen. —

— **Der Verband der Ortskrankenkassen** im Bezirk der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt hält am Sonntag, den 29. Juni 1902 in Halle a. S. seine erste öffentliche Generalversammlung ab. Die Bekanntgabe des Aufrufs mit der Tagesordnung und den gestellten Anträgen erfolgt in nächster Nummer. —

— **Freie Religions-Gesellschaft.** Am Freitag, den 13. Juni, abends 8¼ Uhr, findet im Gemeindehause, Marstallstraße 1, die ordentliche Gemeindeversammlung statt.

Ortskrankenkassen und Wohnungs-Inspektion.

In nachstehendem werden uns die Bemerkungen der Kontrolleure der Allgemeinen und Kaufmännischen Ortskrankenkasse bei Aufnahme der Wohnungsenquete der Kassenmitglieder pro 1. Quartal 1902 zur Verfügung gestellt. Wir drucken dieselben ab und richten nochmals an die städtischen Behörden, namentlich an die städtische Polizeiverwaltung und die Gesundheitskommission, das dringende Ersuchen, für Abstellung der geschilderten Verhältnisse baldigst Sorge tragen zu wollen.

Altstadt. Apfelstraße 11, H. 1. Stube, Küche, Mietspreis monatlich 13 Mark, Küche dunkel, Licht und Luft durch die Thür, welche von der Stube aus zur Küche führt.

Bismarckstraße 49, 4. Ueber der Wohnung ist kein Dach mehr, auch ist dieselbe schräg, ein Lichtfenster oben zum Himmel hinaus.

Kamelstraße 5, H. l. 2. Küche Lattenabschlag, nur zum Kochen und für Geräte.

Kleine Klosterstraße 14, 1. Stube, Kammer, Küche, Mietspreis 156 Mark jährlich. Die Küche wird von zwei Familien gemeinschaftlich benutzt.

Kleine Klosterstraße 14, H. 1. Stube, Kammer, Küche. In der Kammer kann nur ein Bett stehen und wird dieselbe deshalb nicht benutzt, die Küche von zwei Mietern gemeinschaftlich benutzt.

Schwertfegerstraße 3, Seitenflügel 3. Stube, Kammer, Küche, Mietspreis 195 Mark jährlich. Wohnung sehr niedrig (2 Meter) und gefährlicher Eingang; beim Eintritt in die Wohnung gleich 4 Stufen hinunter.

Wagestraße 10b, H. 2. Stube, Kammer, Küche. Mietspreis jährlich 156 Mark. Küchengeräte und Grude auf dem Flur; nicht verschließbar.

Weißgerbersteg 1, part. Kammer dunkel, Küche dunkel, Stube und Kammer feucht.

Weißgerbersteg 9/10, H. 1. Wohnung sollte aus Gesundheitsrücksichten nicht bewohnbar sein.

Zschokkestraße 5, H. part. Stube, Kammer, Küche. Stube feucht, Kammer nur ¼ Lichtfenster, Küche Licht durch die Eingangsthür.

Neustadt. Mittagstraße 16, H. 1. Wohnung umgeben vom Park der Zuckerraffinerie Hennige. Aufgang zur Wohnung durch einen Pferdestall.

Moldenstraße 5, H. part. Grude im Hausflur, 8 Familien 2 Klosetts, 1 für männliche, das andere für weibliche Personen.

Nachtweide 51, H. 1. Grude und Küchengeräte auf dem offenen Flur.

Ottenbergstraße 32, H. part. 21 Familien benutzen 3 Abtritte. In der Küche durch die Thürscheiben etwas Licht.

Wasserkunststraße 4, Seitenflügel part. In der Kammer ist das Fenster, welches zum Garten führt, von dem Besitzer des Gartens mit Brettern zugenagelt. Die Wohnung müßte zum Bewohnen von Menschen verboten werden.

Kl. Weinhofstraße 15, H. 1. Aufgang zur Wohnung so breit, daß sich eine Person so eben durchwinden kann.

Sudenburg. Bergstraße 27, H. 2. Stube, Kammer, Küche; ein Kind schläft in der Küche. Kammer schräg unterm Dach und nicht bewohnbar.

Schöningerstr. 12, H. 2. Stube, Kammer, Küche; Mietspreis jährlich 117 Mark. Die Wasserleitung im Klosett läßt die Wirtin am Tage nur einmal benutzen: die übrige Zeit muß sich der Unrat ansammeln. Dies geschieht aus Sparsamkeitsrücksichten.

Buckau. Martinstraße 15, 1. Licht zur Kammer von der Küche und Stube (nur etwas).

Friedrichstadt. Cracauerstraße 4, part. Stube, Kammer, Küche. Mietspreis 165 Mark. Zur Kammer geht es von der Stube aus 4 Stufen = 1,90 Meter hoch, von der Kammer aus dann zur Küche, schlechte Wohnung. —

Dies eine kleine Auslese aus dem Material, das uns zur Verfügung steht. — Die Notwendigkeit solcher Wohnungsaufnahmen ergiebt sich nach vorstehendem von selbst, und es ist dringend zu wünschen, daß diese Aufnahmen fortgesetzt und in den ganzen Einzelheiten publiziert werden. — Sache der Stadtverwaltung ist es unbedingt, hier im Interesse der Gesundheit und der Erziehung einzugreifen und für Abhilfe zu sorgen. —

Ein „Magnetopath" vor Gericht.

Ein interessanter Kurpfuscherprozeß begann am Mittwoch, den 11. Juni, vor der Strafkammer des Magdeburger Landgerichts. Der bereits öfter, zum Teil sehr erheblich vorbestrafte Barbier Anton Vigano hier übte in verschiedenen Städten Deutschlands als „Magnetopath" und unter stets wechselndem Namen eine Praxis als Heilkundiger aus. Von Hannover, wo er als Direktor Meese zusammen mit einem Zahntechniker August Weinberger praktiziert hatte, kam er im September 1900 nach hier und etablierte sich unter dem Namen Weinberger. Er mietete sich in der Dreiengelstraße eine Wohnung, die er unter anderem auch mit 7 Bildern im Werte von 437 Mark ausstattete. Diese Bilder hatte er durch Vermittlung des Kaufmanns Bauer, bei dem er sich als Dr. Weinberger einführte, von der Firma Schröder in Berlin auf Leihvertrag entnommen, den er mit Eugen Weinberger unterschrieb. Abgezahlt sind auf die Bilder 100 Mark. Der Angeklagte kündigte seine Praxis durch vielfache Bekanntmachungen an. Hierdurch sind ihm dann auch die meisten Kunden zugeführt worden. Der Wortlaut der Annonce war ungefähr: „Magnetische Naturheilpraxis von Direktor Weinberger, praktischem Magnetopathen. Gallensteine werden in 3 Stunden schmerzlos beseitigt." Dementsprechend behauptet der Angeklagte in der Hauptsache, seine Heilfähigkeit beruhe in einer ihm innewohnenden magnetischen Kraft, die

er durch Berühren und Streichen anderen mitteilen und sie dadurch heilen könne. Thatsächlich besitzt er aber besondere Naturfähigkeiten und Kräfte nicht, er erzielte vielmehr den Zweck, seinen Kunden den Uebergang der angeblichen magnetischen Kraft auch durch das Gefühl bemerkbar zu machen dadurch, daß er die Kranken sich auf einen Diwan legen ließ, über den unsichtbar ein Drahtnetz gelegt war, das mit einem von der Firma F. Krönings Söhne eingebauten Induktionsapparat in Verbindung stand, dessen anderer Pol zu einer Metallplatte führte, auf der Vigano während der Prozedur vor dem Diwan stand. Vielfach begnügte er sich, besonders nachdem sein Ruf sich weiter verbreitet hatte, damit, über dem Kranken nur in der Luft mit den Händen Streichbewegungen zu machen. Seine übrige Behandlungsweise lehnte sich an Kneipps Heilmethode an, dessen Bücher und Rezepte er ohne Verständnis nach Belieben benutzte und danach Bäder, Umschläge, Thees und Kräuter als Heilmittel verschrieb. Einen thatsächlichen Heilerfolg hat er nicht erzielt und konnte er auch nicht erzielen, da er nach seinem Bildungsgrad zu einer Erkennung der Krankheiten und der entsprechenden Heilmittel unfähig war. Im Frühjahr 1901 nahm Vigano durch Vermittlung seiner Mutter einen Gehilfen an. Es war dies der ursprünglich mitbeschuldigte, dann aber wegen mäßigen Schwachsinns außer Verfolgung gesetzte frühere Maler Albert Klein, dessen sich der Angeklagte als willenlosen Werkzeugs bediente.

Zur Verhandlung sind 47 Zeugen und 23 Sachverständige geladen.

Im November 1900 konsultierte der Maschinenmeister K., der an chronischem Magenkatarrh leidet, den Angeklagten. Er behandelte ihn magnetisch, indem er ihn sich mit entblößtem Oberkörper auf den Diwan legen ließ, über ihn mit den Händen hin und her fuhr, ihn auch verschiedenfach berührte, wobei naturgemäß K. infolge der elektrischen Entladung ein Prickeln der Haut verspürte, das er auf den Magnetismus bezog. Er erhielt auch ein Rezept, nach dem er ein Mittel einnehmen sollte, das aus Wermutthee und Tinkturen, Zimmtkraut und Wachholderbeeren zusammengesetzt war. K. war sechsmal da und hatte im ganzen 12 Mark zu zahlen.

K. brachte auch seine Tochter, die geschiedene Frau W., zu Vigano. Sie litt an hysterischen Beschwerden, gab aber an, augenschwach zu sein. Der Angeklagte behandelte sie als nierenleidend mit angeblichem Magnetismus, Kräuterthee und Heublumenumschlägen. Vier Besuche kosteten 12 Mark. Nach längerem Verkehr beredete ihn Vigano, sich mit ihr zu verloben. Beide hatten sich der Familie K. als studierte Leute ausgegeben. Vigano behauptete, das amerikanische Doktordiplom zu besitzen und beide, als wissenschaftliche gebildete Leute die Praxis auszuüben. Die Kumpane erzählten dem Familienvater, die von Vigano betriebene Praxis sei an Klein für 10 000 Mark verkauft; ein höheres Angebot von 12 000 Mark aus Hannover habe Vigano mit Rücksicht auf die persönlichen Verhältnisse zu Klein abgelehnt, 5000 Mark seien schon gezahlt, 3000 Mark wolle Klein sich von einem Freunde leihen; 2000 Mark möge doch aber K. für seine Tochter in das sichere und ehrliche Geschäft vorstrecken. Der hierdurch bethörte K. gab am 12. März 1901 seine Zustimmung, gestattete die Verlobung und versprach, damit Klein und seine Tochter gleiche Rechte hätten, 5000 Mark herzugeben. Am 15. März 1901 überbrachte K. dem Vigano 5000 Mark in Magdeburger Stadtobligationen, die dieser sofort verkaufte, worauf er mit der Geliebten flüchtig wurde. Er ist dann in Braunschweig, wo seine Ehefrau unter ihrem Mädchennamen „Haffert" eine Heilpraxis ausübte, ermittelt und am 2. Juli 1901 verhaftet worden.

Zeugin verehelichte Bäcker Luise Männicke lebt von ihrem Manne getrennt und wurde hier Haushälterin bei Vigano. Sie bekundet, das Geschäft sei gut gegangen. Vigano habe sich als unverheiratet ausgegeben und versprochen, sie zu heiraten. Das aus dem Verhältnisse entsprossene Kind sei inzwischen gestorben. Zeugin erfuhr später, daß Vigano verheiratet war. Als seine Frau mal zu Besuch kam, stellte er sie als seine Schwester vor und erzählte, er müsse sie erhalten, weil er ihren Mann im Duell erschossen habe. Der Zeugin fiel aber auf, daß die Kinder ihn Vater nannten. Als Klein kam, wurde gesagt, er habe in Bonn und Heidelberg studiert und solle das Geschäft übernehmen.

Zeuge Maler Albert Klein hatte bei der Mutter des Angeklagten Möbel angestrichen und war dadurch mit ihr bekannt geworden. Auf ihre Veranlassung reiste er nach hier und wurde von Vigano von der Bahn abgeholt. Seiner Weisung gemäß nannte er sich Doktor und sagte, er habe studiert. Vier Wochen lang that Zeuge weiter nichts, als daß er Bücher las; er sollte den Inhalt auswendig lernen, begriff es aber nicht. Nach Ablauf des Studiums sollte Zeuge täglich 3 Mark bekommen, erhielt aber nichts. Als Vigano einmal krank war, behandelte Klein die Patienten und massierte sie. Er hielt das Geschäft und die Behandlung der Patienten nicht für schwindelhaft. Sie hatten Vertrauen zu Vigano, aber nicht zu dem Zeugen. Er erzählt seine Verlobungsgeschichte und erklärt, er habe alles gethan, was Vigano wollte und dem zukünftigen Schwiegervater gehörig die Hucke voll gelogen. Einmal that Zeuge auf Anweisung des Vigano Kieselsteine in ein Nachtgeschirr und gab sie hinterher der Patientin als abgegangene Gallensteine mit. Nach dem verlesenen Briefe der Mutter des Vigano wurde von vornherein geplant, dem Zeugen Klein das Geschäft abzutreten. Vierzehn Tage vor der Verlobung habe K. dem Zeugen selbst erklärt, er könne auf seine Tochter reflektieren.

Der Medizinalrat Dr. Straßner begutachtet, er habe den Zeugen Klein auf seinen Geisteszustand und seine Urteilsfähigkeit während der Untersuchungshaft untersucht, er sei als mäßig schwachsinnig zu bezeichnen.

Zeuge Klein erwähnt noch, als er auf der Elektrischen zur Verlobung gefahren sei, habe Vigano geäußert: „Jetzt wird das Opfer zur Schlachtbank geführt!"

Der Gerichtsarzt Dr. Keiersteln erachtet die bei einigen Patienten angeordnete Diät für sachgemäß.

Der Sachverständige Scheibler aus Berlin hat den Eindruck gewonnen, daß Vigano bei der Behandlung eine gute Kombination entfaltet und dadurch ein günstiges Resultat erzielt hat. Magnetismus könne auf die Magenwände einwirken.

Der Heizer B. litt an Epilepsie, die Vigano zu heilen versprach. Er magnetisierte von Mitte Februar 1901 3 bis 4 Wochen und verschrieb Königsmagenstärker. Die Kur belief sich einschließlich der Medikamente auf 60 Mark. Vigano ordnete auch besondere Diät an. Nach dem Gutachten des Arztes hatte die Behandlung keinen Einfluß auf die Krankheit.

Schluß 7 Uhr abends.

(Fortsetzung morgen.)

Provinz und Umgegend.

Cracau und Prester, 11. Juni. (Einen Ausflug nach Biederitz) veranstalten am nächsten Sonntag die hiesigen Einzelmitglieder des Sozialdemokratischen Wahlvereins Burg. Treffpunkt 1 Uhr mittags am Cracauer Kirchhof. Gäste sind willkommen! —

Groß-Salze, 11. Juni. (Eine Versammlung) findet am Sonnabend, den 14. Juni, abends 8 Uhr, im „Feldschlößchen" (Wiese) statt, in welcher Genosse Wiezorowski (Staßfurt) über „Die Notwendigkeit und die Begrenzung der gewerkschaftlichen Bewegung" sprechen wird. Wir empfehlen den Besuch dieser Versammlung allen gewerkschaftlich wie politisch Organisierten. —

Neuhaldensleben, 11. Juni. (Ein Gegner der Gewerbeordnung) ist Herr Barbier Emil Dammann. Obwohl das Gesetz ausdrücklich vorschreibt, daß jeder Barbiergehilfe in jeder Woche an einem Tage von 1 Uhr ab frei haben muß, macht sich doch Herr Dammann dauernd des Verstoßes gegen diese Bestimmung schuldig und läßt seinen Gehilfen alle Wochentage gleichmäßig arbeiten. Wir erwarten, daß die Behörden diesen mit den bestehenden Gesetzen unzufriedenen Herrn in wirksamer Weise von der Notwendigkeit der Gewerbeordnung überzeugen werden. —

ow. **Staßfurt,** 11. Mai. (Die neue Straßenkehrmaschine „Salus"), die seit ca. 8 Tagen hier auf Probe arbeitet und die allgemeine Unzufriedenheit der Bürgerschaft erregt hat, war der einzige Gegenstand der Tagesordnung der heutigen Stadtverordnetensitzung. Es war von mehreren Stadtverordneten der Antrag gestellt worden, die Straßenreinigungsversuche mit der Maschine einzustellen und die Straßenreinigung (ohne Schnee und Eis) vom 1. Juli ab an einen Unternehmer zu vergeben. Da der Magistrat aber am Sonnabend Generalprobe vornehmen will und die Maschine auf 8 Wochen auf Probe gegeben ist, wurde der Antrag zurückgezogen und soll das Ergebnis der Generalprobe erst abgewartet werden. Interessant ist, daß nach den bisherigen Versuchen die Jahreskosten auf 11 000 Mark sich beziffern werden, während bisher die Straßenreinigung inkl. Wegschaffung von Schnee und Eis, die die Maschine nicht besorgt, ca. 16 000 Mark pro Jahr gekostet und viel sauberere Straßen geliefert hat, als diese neue Maschine ermöglichen kann. Die in den beiden Monaten April und Mai vom Magistrat in eigener Regie und mit Hilfe einer gewöhnlichen Kehrmaschine alter Konstruktion ausgeführte Straßenreinigung hat 1398,74 Mark und 1270,50 Mark Kosten verursacht. Für die eigene Regie scheint bei den Herren Stadtverordneten keine Stimmung mehr zu sein. —

— (Das Kalisyndikat) ist vorsichtig geworden. Mit einem Trust von Düngerhändlern in den Nordstaaten von Nordamerika hat es beizeiten ein Abkommen bezüglich der Preise geschlossen. — Nun fehlt noch England. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Neuhaldensleben rempelten am Dienstag abend zwei junge Burschen, von denen einer gestern morgen wegen Körperverletzung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt war, die Passanten an und wurden daher zur Polizei gebracht. — Die Einweihung der vom Harzklub-Zweigverein Magdeburg gestifteten eisernen Leiteranlage an der einen Schnarcherklippe bei Schierke fand am Montag bei großer Beteiligung statt. — Der 13jährige Sohn des Schuhmachers Wilhelm Rieche aus Hasselfelde, welcher am Mittwoch mittag voriger Woche das elterliche Haus verlassen hatte, ist Mittwoch nachmittag im Neuen Teiche bei Hasselfelde als Leiche aufgefunden. — Der Knecht Ulrich, bei Amtmann Alexander Gisborn in Fümmelsee in Dienst, ließ sich auf der Straße zwischen Röttjesbüttel und Ausbüttel durch einen gewissen Ernst Kroll ein Pferd im Werte von 600 Mark abschwindeln. Kroll wurde in Gisborn verhaftet und giebt an, das Pferd um 50 Pf. und einen Ziehhund an einen Zigeuner verkauft zu haben, der in einem blauen, mit zwei braunen Pferden bespannten Wagen sich in der Richtung nach Braunschweig entfernt habe. —

Vereine und Versammlungen.

Metallarbeiter.

Vier Versammlungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes fanden am Sonnabend, den 7., bis Dienstag, den 10. d. M., statt und zwar für die Bezirke Sudenburg, Groß-Ottersleben, Neue Neustadt und Buckau, wo der Genosse Herm. Beims aus Osterode a. H. über die Aufgaben der gewerkschaftlichen Bewegung referierte. Der Referent verstand es, die Versammelten zu überzeugen, daß neben den Aufgaben, die eine Verbesserung des Arbeitsverhältnisses bezwecken, noch eine Reihe sehr wichtiger Aufgaben, speciell auf dem Gebiete des Arbeiterversicherungswesens zu erfüllen seien, die bisher kaum beachtet, in Zukunft bedeutend mehr in das Thätigkeitsgebiet der Gewerkschaft gezogen werden müßten. Hier könne selbst unter heutigen Verhältnissen noch viel zum Wohle der Arbeiterschaft geschehen. Der Referent erntete für seine Vorträge die lebhafteste Zustimmung der Versammelten. Im Anschluß an die Referate, mit Ausnahme der Versammlung in Ottersleben, beleuchtete Genosse Brandes an der Hand reichhaltigen Materials die Zustände in den Fabriken der Metallindustrie. Verhältnisse seien hier während der Krise eingerissen, die auch den zahmsten Arbeiter zur Empörung treiben müssen. Selbst die Mitglieder des Gewerkvereins H.-D. hätten ja in einer kürzlich hier abgehaltenen gemeinschaftlichen Versammlung eine Resolution angenommen, die eine Verständigung mit dem Metallarbeiter-Verbande wünscht, um durch gemeinsames Vorgehen jene erbärmlichen Zustände zu beseitigen. Das eine stehe fest, es werde bei Beginn einer wirtschaftlich besseren Zeit zu schweren Konflikten kommen. Die Arbeiter werden Genugthuung für die erlittene Unbill verlangen. Da sei es vor allem notwendig, die Organisation so zu gestalten, daß sie es mit dem Gegner aufnehmen könne. Diese Aufgabe sei jetzt zu erfüllen, damit später nicht wieder die beste Zeit verloren gehe. Je gewaltiger die Organisation werde, um so mehr würden die Unternehmer und ihre Angestellten aber auch schon heute dem Verlangen der Organisation Rechnung tragen. Es sei deshalb sehr bedauerlich, wenn heute noch Kollegen, die sich in Arbeit befinden, der Organisation fernstehen. Hoffentlich fänden auch sie jetzt den Weg zu jenen 106 000 Mitgliedern, die heute schon dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande angehören. —

Bäcker.

In der am Dienstag, den 10. Juni, im „Drei-Kaiserbund" tagenden Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Bäcker, Zahlstelle Magdeburg, wurden einem schon seit längerer Zeit erkrankten Kollegen 40 Mark Unterstützung bewilligt. Darauf wurde dem Vorstande anheimgestellt, eine Geschäftsordnung auszuarbeiten. Ferner wurde folgende Resolution beantragt:

In Anerkennung der Thatsache, daß nur eine stramme Organisation befähigt ist, in Hinsicht auf unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen Vorteile für die Gesellen zu erringen, erklären die heute am 10. Juni d. J. im „Drei-Kaiserbund", Große Storchstraße 7, versammelten organisierten Bäcker Magdeburgs, daß sie bereit sind, alles aufzubieten, um ihre Organisation nach innen und außen hin zu stärken. Ferner sprechen die Versammelten ihr Bedauern darüber aus, daß immer noch 10 Bäcker in der Konsum-Bäckerei sich nicht dazu haben bequemen können, ihrer Organisation beizutreten, obwohl die organisierten Bäcker in betreffender Bäckerei alles versucht haben, durch Aufklären und Zureden die indifferenten Kollegen der Organisation zuzuführen. Ferner erklären die organisierten Bäcker Magdeburgs, alle nur möglichen gesetzlichen Mittel in Anwendung bringen zu wollen, um vor allen Dingen die Konsumvereins-Bäcker zur Organisation heranzuziehen, da gerade die in den Konsum-Bäckereien beschäftigten Kollegen die Pioniere für den Verband sein sollen, weil denen nichts in den Weg gelegt wird, wenn sie sich organisieren wollen.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. —

Briefkasten.

D. H. 999. Ist ausdrücklich ausgemacht worden, daß der Vertrag als stillschweigend verlängert gelten solle, wenn er nicht in bestimmter Frist gekündigt werde und er wird thatsächlich nach Ablauf des Jahres fortgesetzt, so läuft er ein zweites Jahr. Wo nicht, ist der Wirt im Recht. —

A. M., Burg. Das stimmt nicht. Sobald jemand seine aktive Dienstzeit beendet hat, muß er auch seinem Einkommen entsprechend Steuern zahlen. —

Olvenstedt. Die Polizei-Verordnung vom 8. Februar 1865 besagt, daß die Eigentümer, deren Hunde ohne mit einem Maulkorb versehen zu sein, auf Straßen oder Orten, wo Menschen zu verkehren pflegen, umherlaufen, bis zu 3 Thaler Strafe belegt werden können. Die Sache stimmt also. —

G. R., Genthin. Wenn Sie vor Jahren an ein „Willkommen" anläßlich eines „Quartalsfestes" ein Band mit ihren Namen gehängt haben, so gilt dies Band als ein Geschenk, welches Sie dem Festarrangeur gemacht haben. Sie haben also nicht das Recht, dieses Band zurückzuverlangen. —

Th. Sch., Schönebeck. Die Bekanntmachung im Vereinskalender darf weder Tagesordnung noch Referenten enthalten. —

Marktberichte.

Magdeburg, 11. Juni. Weizen: Tendenz flau. Inländischer 163—167, ausländischer 169—172. Roggen: Tendenz matt. Inländischer, je nach Stationslage, 146—150, ausländischer 148—151. Hafer: Tendenz flau. Inländischer 156—163, je nach Lage der Station, ausländischer —. Gerste: Brauware nominell, 145—165, Futtergerste schwächer, 132—136. Erbsen: Victoria-Erbsen 185—205. Kleine gelbe 180—195, grüne 190—210. Mais: Tendenz flau, Mixed 133—135, Rundmais 116—119. —

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 19,00—24,00, Speisebohnen (weiße) 18,00—36,00. Linsen 18,00—36,00. Eßkartoffeln 5,50—7,00. Richtstroh 6,50—7,00. Krummstroh 5,50 bis 6,00. Heu 8,00—9,00. Tymotheum ———. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0.96—1,04, von der Keule 1.40—1.60. Bauchfleisch 1,20—1,30, Schweinefleisch 1,40—1,60, Kalbfleisch 1.30—1.50. Hammelfleisch 1.30—1.50. Speck (geräuchert) 1.60. Eßbutter 2.00—2.50. Alles für 1 Kilogramm Eier für 60 Stück 2.60—3.40. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

					Fall	Wuchs
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	10. Juni	+ 1.45	11. Juni	—	—	—
Trotha	„	+ 1.88	„	+ 1.90	—	0.02
Alsleben	„	+ 1.68	„	+ 1.70	—	0.02
Bernburg	„	+ 1.33	„	+ 1.33	—	—
Calbe, Oberpegel	„	+ 1.56	„	+ 1.58	—	0.02
do. Unterpg.	„	+ 0.80	„	+ 0.86	—	0.06
Iser, Eger, Moldau.						
Jungbunzlau	9. Juni	+ 0.28	10. Juni	+ 0.27	0.01	—
Laun	„	+ 0.13	„	+ 0.07	—	0.06
Budweis	„	+ 0.26	„	+ 0.38	—	0.12
Prag	„	+ 0.02	„	+ 0.01	—	0.02
Mulde.						
Dessau Muldebrücke	10. Juni	+ 0.31	11. Juni	+ 0.30	0.01	—
Elbe.						
Pardubitz	9. Juni	+ 0.28	10. Juni	+ 0.20	0.08	—
Brandeis	„	— 0.38	„	+ 0.30	0.08	—
Melnik	„	— 0.05	„	+ 0.17	0.12	—
Leitmeritz	„	+ 0.08	„	+ 0.10	0.02	—
Außig	10. „	— 0.28	11. „	0.16	0.12	—
Dresden	„	+ 1.17	„	— 1.19	0.02	—
Torgau	„	+ 1.00	„	+ 0.91	0.09	—
Wittenberg	„	+ 1.46	„	+ 1.46	—	—
Roßlau	„	+ 1.14	„	+ 1.08	0.06	—
Barby	„	+ 1.45	„	+ 1.42	0.03	—
Schönebeck	„	+ 1.24	„	+ 1.20	0.04	—
Magdeburg	11. „	+ 1.34	12. „	+ 1.30	0.04	—
Tangermünde	10. „	+ 2.08	11. „	+ 2.09	—	0.01
Wittenberge	„	+ 1.78	„	+ 1.76	0.02	—
Dömitz, Pegel	„	+ 1.26	„	+ 1.20	0.06	—
Lauenburg	„	+ 1.35	„	+ 1.32	0.03	—
Havel.						
Brandenburg Oberpegel	9. Juni	+ 2.04	10. Juni	+ 2.05	—	0.01
do. Unterpegel	„	+ 1.54	„	+ 1.53	0.01	—
Rathenow Oberpegel	„	+ 1.54	„	+ 1.50	0.04	—
Unterpegel	„	+ 1.22	„	+ 1.16	0.06	—
Havelberg	„	+ 2.16	„	+ 2.16	—	—
Oder.						
Kosel	9. Juni	+ 0.86	10. Juni	+ 0.89	—	0.03
Brieg, Oberpegel	„	+ 4.40	„	+ 4.40	—	—
do. Unterpegel	„	+ 1.54	„	+ 1.03	0.51	—
Breslau Oberpg.	„	+ 4.88	„	+ 4.82	—	0.04
do. Unterpegel	„	— 1.14	„	— 1.14	—	—
Frankfurt	7. „	+ 1.14	9. „	1.07	0.07	—
Küstrin	„	+ 0.85	„	0.76	0.09	—
Warthe.						
Posen	9. Juni	+ 0.28	10. Juni	+ 0.26	0.03	—
Küstrin	7. „	+ 0.85	9. „	+ 0.13	0.72	—
Weichsel.						
Thorn	7. Juni	+ 0.47	8. Juni	+ 0.47	—	—

Pückler, Kl.-Tschirne, z. Z. Berlin". Der Graf ist somit „Sitzredakteur" geworden. — Der bisherige französische Ministerpräsident Waldeck-Rousseau traf gestern mit seiner Familie und einigen anderen Herren in Hamburg ein. Der Besuch gilt hauptsächlich der Besichtigung der Hafenanlagen und Schiffswerften. Am Sonnabend erfolgt die Weiterreise nach der norwegischen Küste, von wo aus Waldeck-Rousseau einer Einladung des Königs von Schweden und Norwegen zur Jagd folgen wird. — Es kann nunmehr für sicher angesehen werden, daß Krüger in Holland bleibt; er hat auch den Wunsch ausgesprochen, hier stets ein Glied seiner Familie bei sich zu haben. — Während das Anarchistengesetz vom amerikanischen Repräsentantenhaus angenommen wurde, hat dasselbe die vom Senat beschlossene Errichtung einer Leibwache für den Präsidenten abgelehnt. Präsident Roosevelt hätte sicher von einer Leibwache keinen Gebrauch gemacht. —

Gewerkschaftsbewegung.

Maurer. In Kottbus wurden wegen Lohndifferenzen sechs beim Maurermeister Patzelt beschäftigte Maurer gemaßregelt. Da die gepflogenen Unterhandlungen keinen Erfolg hatten, so verhängte eine Maurerversammlung die Sperre über die Bauten der Firma Patzelt. — In Jena haben die Arbeitgeber von der Innung es bis heute abgelehnt, sich dem Antrage der Streikenden auf Anrufung des Gewerbegerichts als Einigungsamt anzuschließen. Acht der übrigen Bauunternehmer haben die Forderungen bewilligt. Den Innungsmeistern ist es gelungen, etwa 25 italienische Maurer als Arbeitswillige heranzuziehen. —

Textilarbeiter. In Spremberg sind die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tuchfabrik von Dutler u. Lehmann in den Ausstand getreten. Ueber genannte Firma ist daher die Sperre verhängt. —

Straßenbahner. In Stuttgart hat die Straßenbahndirektion jetzt sogar das Tagegeld des Personals, dessen Erhöhung verlangt wurde, verringert und nicht weniger als 100 Straßenbahner infolge des Streiks gemaßregelt. Aus der Kasse ihrer Organisation erhalten die Gemaßregelten wöchentlich 10 Mark Unterstützung und für jedes Kind 1 Mark Zuschuß. Um diese Sätze nach Möglichkeit erhöhen zu können, werden Sammlungen auf Listen veranstaltet. Hätten sich die Straßenbahner in Stuttgart rechtzeitig organisiert, so wäre es so weit nicht gekommen. —

Maurer. In Hamburg beschloß jetzt der Vierstädtebund der Baugewerks-Innung, am Mittwoch, den 11. Juni, die Arbeit auf den von den Arbeitnehmern gesperrten Stellen wieder freizugeben. Diese Herren hatten sich also mehr Macht zugetraut als sie besaßen. —

Färber. In Monza (Italien), wo bisher ein Lohn von 1,40 Frank bis höchstens 2 Frank gezahlt wurde, wurde eine Lohnerhöhung durchgesetzt, wonach der Minimallohn 2,20 Frank beträgt; Ueberzeitarbeit wird mit 50 Prozent, Feiertagsarbeit mit 100 Prozent Lohnzuschlag bezahlt. —

Landarbeiter. In der Provinz Apulien sind wiederum 2000 Landarbeiter in den Streik eingetreten, um höhere Löhne durchzusetzen. Die italienische Regierung hat Militär dahin abgeschickt. —

Reisarbeiter. In der Landschaft Lomellina (Italien) beginnt es unter den Reisarbeitern zu gären. Von den 20 000 Wanderarbeitern sind kaum 4000 organisiert und demzufolge sind die Arbeitsverhältnisse die denkbar elendesten. Es ist deswegen schon an mehreren Punkten zu Konflikten gekommen; der Vorsitzende des Landarbeiterbundes Vezzani hat sich zusammen mit dem Arzt Boscolo in die Reisgegenden begeben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es in den Reisfeldern zu einer einheitlichen Bewegung der Arbeiter kommt. —

Ueber den internationalen Bergarbeiter-Kongreß lesen wir in der nationalsozialen „Hilfe" noch folgende Notizen, die Pastor Kötzschke aus eigener Forschung mitteilt: „Die 45 Engländer waren sämtlich Organisationsbeamte. Sie traten in Düsseldorf sehr feudal auf, wohnten in den ersten Hotels und bezahlten bis 6 Mark für das Quartier. Sie erhielten 25 Mark Diäten und freie Eisenbahnfahrt, teils zweiter, teils erster Klasse. Die Arbeiterbeamten fangen in England mit etwa 5000 Mark Gehalt ihre Laufbahn an und der Generalsekretär des größten Verbandes, Pickard, erhält von seinem Verband 16 000 Mark, wofür er allerdings zugleich seine Unkosten als Parlamentsmitglied bestreiten muß.

Wie weit ist man hierin in Deutschland noch zurück! Die deutschen Delegierten erhielten 10 Mark und freie Fahrt dritter Klasse, mußten aber davon noch 10 Mark Kongreßgebühren entrichten. Es wird nebenbei interessieren, zu hören, daß Herr Pickard bereits mit 12 Jahren Bergarbeiter geworden ist und schon mit 15 Jahren Schriftführer in einem Distrikt.

Dabei kann man nicht sagen, daß die Engländer sich für ihre Verbände überarbeiten. Sie waren schuld, daß der Kongreß nur 5 Stunden am Tage verhandelte." —

Soziales.

Das Recht der Journalisten. In der italienischen Kammer ist dieser Tage ein von 74 Abgeordneten aller Fraktionen unterzeichneter Gesetzentwurf über den journalistischen Arbeitsvertrag eingereicht worden. Ein journalistischer Arbeitsvertrag kann danach nicht auf kürzere Zeit als zwei Jahre geschlossen werden, wenn er den Chefredakteur betrifft, auf anderthalb oder ein Jahr für die Redakteure. Ein probeweise angestellter Journalist gilt nach zwei oder drei Monaten fest angestellt, ohne darum einen besonderen Vertrag schließen zu müssen. Bei Besitzwechsel, veränderter politischer Richtung, Verschmelzung mit andern Blättern oder ähnlichen Anlässen hat der Redakteur ein Recht auf Entschädigung, wenn durch sie die materiellen Garantien seiner Stellung aufgehoben werden oder sein Verbleiben mit seinen Prinzipien unvereinbar erscheint. Die Entschädigung besteht aus dem bis Ablauf des Vertrages noch zu zahlenden Gehalt, sie kann aber nie weniger als zwölf Monatsraten betragen für den Chefredakteur, neun Monatsraten für den zweiten und sechs Monatsraten für die übrigen Redakteure. Jeder Privatvertrag, der die angeführten Rechte aufhebt, ist ungültig. Zur Befriedigung ihrer Ansprüche steht den Redakteuren vor allen andern Gläubigern einer Zeitung das Recht zu, Möbel, Maschinen und Material des Blattes pfänden zu lassen. Um etwaige Streitigkeiten zwischen dem Besitzer und Redaktionspersonal beizulegen, werden besondere Gerichte nach Art der Gewerbegerichte gegründet. Für jedes Urteil sind vier per Mille des Wertes der Hilfskasse der Journalisten in Rom oder ähnlichen Instituten zu überweisen. Der Gesetzentwurf ist bereits einer Kommission zur Vorberatung überwiesen worden. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 12. Juni 1902.

— **Ein arger Zusammenstoß.** Am Donnerstag morgen kurz nach 6 Uhr fuhr ein Motorwagen der Straßenbahnlinie Große Diesdorferstraße—Friedrichstadt infolge falscher Weichenstellung vor der Langen Brücke an der Mittelstraßenecke mit einem großen Rollwagen der Firma G. Hubbe zusammen. Während der Rollwagen ziemlich unbeschädigt aus der Carambolage hervorging, wurde dem Motorwagen der Vorderperron vollständig eingedrückt und teilweise zertrümmert. Personen wurden nicht verletzt. —

— **Von einem Pferde geschlagen.** Am Mittwoch abend 7½ Uhr wurde ein junges Mädchen an der Lübecker- und Gröperstraßen-Ecke von einem Pferde, welches hinter einem Fuhrwerk, dem Besitzer Lentz gehörig, angebunden war, derartig vor die Brust und Kopf geschlagen, daß die Getroffene bewußtlos davon getragen werden mußte. Den Schaden wird jedenfalls der Besitzer des Pferdes zu tragen haben. —

— **Die 14. Magdeburger Pferde-Ausstellung und -Markt,** verbunden mit einer Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte, findet vom 14. bis 17. Juni cr. wie gewöhnlich wieder auf dem kleinen Cracauer Anger statt. Mit der Ausstellung ist eine Lotterie verbunden, deren Ziehung am Montag, den 16., und Dienstag, den 17. Juni, stattfindet. —

Kleine Chronik.

Aus bürgerlichen Kreisen.

Aufsehen erregt in Köln die Verhaftung des Stadtverordneten B., der wegen eines Liebesverhältnisses, das er, ein verheirateter Mann, mit einer anderen Frau unterhielt, aus dem Reserveoffizierstand ausscheiden mußte. Als diese Affaire ein gerichtliches Nachspiel hatte, soll B. die betreffende Frau verleitet haben, vor Gericht wissentlich falsche Aussagen unter Eid zu machen. Aus diesem Grunde erfolgte seine Verhaftung. —

Opfer des Automobilsports.

Auf der Fahrt im Automobil von Düren nach seinem Gestüt Römerhof ist Dr. Georg von Bleichröder, Mitinhaber der Firma S. Bleichröder, Mittwoch vormittag schwer verunglückt. Von Paris kommend, verließ er den Zug in Düren, wo ihn sein Automobil erwartete, um ihn nach Römerhof zu bringen. Auf der Fahrt stieß das Automobil, das Herr v. Bleichröder selbst lenkte, mit einem anderen Gefährt zusammen, stürzte um und begrub Herrn v. Bleichröder unter sich. Bewußtlos und aus mehreren Kopfwunden blutend, wurde er unter der umgestürzten Maschine hervorgezogen und nach seiner Villa gebracht, wohin sofort zwei Professoren telegraphisch berufen wurden. Der Verunglückte hat sehr viel Blut verloren, doch hofft man im Bureau des Bankhauses, daß seine Verletzungen nicht lebensgefährlich sind. —

Edelste der Nation.

In Hildesheim lebte seit einiger Zeit Dr. v. Wedelstädt, Assistent an der landwirtschaftlichen Versuchsstation, mit seiner Gattin. Obgleich das Amtseinkommen des Ehepaares nur 800 Mark pro Jahr betrug, wurden kostspielige Anschaffungen gemacht und eine teuere Wohnung gemietet. Es stellte sich aber bald heraus, daß das Ehepaar lediglich auf Kredit lebte, den es sich dadurch zu verschaffen wußte, daß es angab, der Vater des Ehemannes sei ein hochstehender Regierungsbeamter in Potsdam — in Wirklichkeit ist er Geh. Rechnungsrat bei der Oberrechnungskammer daselbst — und die Ehefrau verfüge über große Besitzungen im Osten, die angeblich aus ihrer ersten Ehe mit einem bei Hofe bestens akkredidierten Offizier der Potsdamer Garnison herrühren sollten. Ferner rühmte das Ehepaar sich mit intimen Beziehungen zum kaiserlichen Hofe, behauptete, gelegentlich der Kieler Woche Gast auf der „Iduna" gewesen zu sein und ließ durch eine dortige Kunsthandlung ein Aquarellbild der Kaiserjacht an die Kaiserin absenden. Das edle Paar wurde jetzt verhaftet. Die beiden Schlauen wußten jedenfalls, was bei der Geschäftswelt am meisten zieht und womit sie in Deutschland am meisten imponieren können. —

Kleine Tageschronik. In Herten bei Essen wurde bei einem Trinkgelage der Bergmann Alois Leben von seiner betrunkenen Gattin erstochen. Die Thäterin ist verhaftet. — In Mannheim machte der Kaufmann Philipp Betz auf seine Frau einen Mordversuch und verletzte sie durch Revolverschüsse lebensgefährlich. Die Ursache des Attentats sollen häusliche Zwistigkeiten sein. — Als gestern nachmittag in Dresden der Kriminalbeamte Marcus den nach Verübung eines Raubmordes aus Altona geflüchteten Matrosen Speck verhaften wollte, schoß Speck den Beamten nieder und entfloh, wurde aber ergriffen. — Auguste Schmidt, die bekannte Vorkämpferin der bürgerlichen Frauenbewegung und erste Vorsitzende des Allgemeinen deutschen Frauenvereins, ist in Leipzig nach kurzer Krankheit verstorben. — Eine Vernehmung des verhafteten Direktors Schmidt von der Trebertrocknungs-Gesellschaft hat in Kassel durch eine fünfgliedrige Kommission des Landgerichts Leipzig stattgefunden. — Musolino wurde gestern in Lucca zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe mit achtjähriger Einzelhaft verurteilt. Die Mitangeklagten wurden freigesprochen. Musolino meldete gegen das Urteil Revision an. —

Gerichts-Zeitung.

Schwurgericht Halberstadt.

Sitzung vom 11. Juni 1902.

Straßenraub. Der Schlosser Konrad Amelung aus Kassel ist angeklagt, am Abend des 11. Oktober 1901, als über den Kleers in Quedlinburg der Orkan stattgefunden hatte, den Arbeiter Ernst Steinäcker (jetzt Soldat) überfallen und gewürgt zu haben. Dabei hat er Steinäcker das Portemonnaie mit 16 Mark und 70 Pf. Inhalt und die Uhr (Wert 20 Mark) entrissen. Der Angeklagte bestreitet seine Schuld, er will sich vielmehr Steinäckers, welcher betrunken war, angenommen haben. An der Lindenstraße hätte er zwei Freunden Steinäckers denselben übergeben, welche ihn dann auch nach Hause gebracht hätten. Die Geschworenen sprechen den Angeklagten des Diebstahls unter Versagung mildernder Umstände schuldig. Der Staatsanwalt beantragt 5 Jahre Zuchthaus nebst den üblichen Nebenstrafen. Der Verteidiger bittet um eine mildere Strafe. Das Gericht verurteilt den Angeklagten zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, sowie Stellung unter Polizeiaufsicht. —

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 11. Juni 1902.

Wegen Körperverletzung, Nötigung und Beleidigung sind die Bergarbeiter Friedrich Lindig und Wilhelm Thiele gemeinsam angeklagt. Lindig wird zu 4 Wochen Gefängnis und Thiele zu 30 Mark Geldstrafe oder zu 6 Tagen Gefängnis verurteilt. —

Wegen Diebstahls wird der Barbier Gustav Boog aus Braunschweig zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Betrug. Vom Schöffengericht in Osterwieck ist der Handelsmann Ferdinand Sommer aus Vienenburg am 1. Mai dieses Jahres zu 45 Mark Geldstrafe oder 15 Tagen Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil hat der Angeklagte sowie der Amtsanwalt Berufung eingelegt. Das Gericht verurteilt ihn zu 6 Monaten und 3 Tagen Gefängnis. Der Angeklagte tritt die Strafe sofort an. —

Sittlichkeitsverbrechen. Der Arbeiter Friedrich Weste aus Ottleben wird zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. —

Diebstahl. Der Arbeiter Konrad Bockel aus Fallenau (Kreis Oppeln) wird zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Letzte Nachrichten.

(„Herold", Depeschen-Bureau.)

Das Haager Schiedsgericht bekommt zu thun!

Haag, 12. Juni. Die erste Angelegenheit, welche vor dem Haager Schiedsgericht verhandelt werden wird, ist wahrscheinlich eine Goldfrage zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten, welche Kirchengelder betrifft. —

London, 12. Juni. Dr. Kuyper weilt augenblicklich in England und besuchte gestern die Stadt Gainsborough, wo er der 300 Jahrfeier der ersten Auswanderung nach Amerika beiwohnte. —

London, 12. Juni. Die Liberalen werden die Ernennung eines Parlaments-Ausschusses verlangen, welcher beauftragt werden soll, eine Untersuchung über die Art und Weise der Kriegführung in Südafrika einzuleiten. Die Opposition will die zahlreichen Bestechungsfälle und die groben militärischen Fehler vom Militärgericht abgeurteilt wissen. — Die Blätter enthalten sich des Kommentars über den Prozeß gegen den Oberst Lynch. Die Ursache hierfür ist darin zu suchen, daß den Blättern untersagt worden ist, von dem bevorstehenden Prozesse zu sprechen. Der Prozeß soll am nächsten Sonnabend zur Aburteilung gelangen. — Die Blätter konstatieren, daß gestern im Parlament wenig fehlte, daß die Regierung eine Niederlage erlitt. Das Haus beriet über den Antrag, betreffs Abschaffung der Ausfuhrzölle auf Zucker. Der Antrag wurde mit nur 26 Stimmen Mehrheit abgelehnt, während die Regierungs-Majorität sonst über 100 Stimmen beträgt. —

Wilna, 12. Juni. Dr. Michailow, welcher bei den Prügelstrafen des Gouverneurs als ärztlicher Sachverständiger fungierte, wurde zur Strafe hierfür von dem revolutionären Komitee in ein Haus gelockt und erhielt dort 50 Stockhiebe. Von den Thätern hat man noch keine Spur. —

Bukarest, 12. Juni. Der frühere russische Gesandte Fürst Urusow ist hier zur Revision der russischen Gesandtschaft eingetroffen. — Eine teilweise Rekonstruktion des Kabinetts soll bereits in den nächsten Tagen erfolgen. —

Ausstandsnachricht.

Mailand, 12. Juni. Die **Landarbeiter** in der Umgebung von Foggio revoltieren neuerdings. Es haben vielfach Zusammenstöße zwischen dem Militär und den Arbeitern stattgefunden, die zahlreiche Verwundungen und Verhaftungen zur Folge hatten. —

Wien, 12. Juni. Einer der bekanntesten und beliebtesten Offiziere Wiens, der Dragoneroberst von Igalsy, hat sich angeblich wegen eines Nervenleidens **erschossen.** —

Rom, 12. Juni. In ganz Italien ist ein **Wettersturz** eingetreten. In Oberitalien sind zahlreiche Schneefälle zu verzeichnen, die Temperatur ist überall anormal gesunken. —

Dünkirchen, 12. Juni. Zwei **Pestfälle** sind gestern an Bord des Dampfers „City of Perth" festgestellt worden. Der Dampfer kam aus Indien; zwei Matrosen sind der Krankheit erlegen. Der Dampfer liegt auf der Reede und darf in den Hafen nicht einlaufen. —

Marseille, 12. Juni. An Bord des Dampfers „Cattibodge", der aus Konstantinopel kommt und unterwegs den Piräus anlaufen wollte, wurde ein **verdächtiger Pestfall** entdeckt. Die Behörden erlaubten dem Dampfer nicht einzulaufen, worauf er den Weg nach Marseille fortsetzte. —

Petersburg, 12. Juni. Im Militärlazarett Nowy Margalan wurde eine barmherzige Schwester und deren Mutter aus bisher unbekannten Gründen **ermordet.** —

Vereins-Kalender.

(Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 5 Pfg., die vorher zu bezahlen sind

Groß-Ottersleben. Verband der Maurer. Die am Sonntag fällige Mitgliederversammlung findet abends 8 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag über „Die Macht der Presse". —

Groß-Salze. Volksverein. Am Sonnabend, den 14. Juni, abends 8 Uhr, Versammlung im „Feldschlößchen" (Wiese). Zahlreicher Besuch wird erwartet. — 101

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Wilhelmstadt. Am 14. Juni, abends 8½ Uhr, Versammlung im „Luisenpark". — 100

Central-Kranken- und Sterbekasse der Sattler. Sonnabend, den 14. Juni, abends 8½ Uhr, Zahlabend in der „Burghalle", Tischlerkrugstraße 28. —

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

bringt u. a. in **Nr. 36** nachstehendes:

Mehring, Historische Blindheit.
Cl. Zetkin, Wie die radikale Frauenrechtelei Chronik schreibt.
Fritz Kummer und **Emilio,** Die belgischen Wahlen. I. und II.
G. Ledebour, Zum Friedensschluß in Südafrika.
Max Zetterbaum, Der neueste sozialistische Demokrat.
Litterarische Rundschau. — Notizen.

Preis pro Nummer 25 Pfennig
einzeln zu haben in der

Buchhandlg. Volksstimme.

Ueberall vorrätig! Dosen à 10 u. 25 Pf.

Globus-Putzextract

ist das beste Metall-Putzmittel.

Ueberall vorrätig! Dosen à 10 u. 25 Pf.

Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg.

Wieder vorrätig:

Bernstein

und das

Sozialdemokratische Programm

Eine Antikritik von **Karl Kautsky.**

VIII und 195 Seiten groß Oktav. Preis broschiert Mk. 2,—.

Inhalts-Verzeichnis: Vorwort. — Einleitung. — I. **Die Methode.** a) Die materialistische Geschichtsauffassung. b) Die Dialektik. c) Der Wert. — II. **Das Programm.** a) Die Zusammenbruchstheorie. b) Großbetrieb und Kleinbetrieb. c) Die Zunahme der Besitzenden. d) Die Aktiengesellschaften. e) Die Verwendung des Mehrwerts. f) Die Verelendungstheorie. g) Der neue Mittelstand. h) Die Krisentheorie. i) Die Formulierung des Programms. — III. **Die Taktik.** a) Politik und Oekonomie. b) Selbständige oder unselbständige Politik. c) Dürfen wir siegen?

Kauft nur 3364

Timmolin

Bestes und billigstes Waschmittel der Welt!

Zu haben in den meisten

Drogen-, Kolonialwaren- und Seifen-Handlungen.

Genossen, Arbeiter u. Arbeiterinnen!

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Inserate in heutiger Nummer! . . .

Flechten — Hautausschläge

Gesichtsröte, Entzündungen, Geschwüre (syphilitischer Art), **offene Beine, Wundsein, Hämorrhoiden, aufgesprungene Haut, Aufgelegensein, Umlauffinger, Frostbeulen, Brandwunden** beseitigt die von hervorragenden Aerzten empfohlene

Wenzelsalbe. 2401

Prämiiert mit Verdienstkreuz, rote Kreuz und großen goldenen Medaillen. Erfolg durch zahlreiche Atteste nachweisbar. Erhältlich in den Apotheken.

Magdeburg: Löwen-Apotheke, Dr. O. Krause. Drogen en gros. Preis 1 Mk.

Rpt.: Borsäure 2, Campher 1,75, Beinbruch 1,75, Terpentin 1,65, Peru-Balsam 0,875, Bleiweiß 0,875, Olivenöl 10, Fett 4,5, Wachs 7, Rosenöl 0,01 gr.

Buchhandlung „Volksstimme"

— Magdeburg, Jakobsstrasse 49 —

Soeben erschienen und durch uns und sämtliche Kolporteure zu beziehen:

Die Völker der Erde

Von Dr. Kurt Lampert

Ein Schilderung der Lebensweise, der Sitten, Gebräuche, Feste und Ceremonien aller lebenden Völker

Mit circa 650 Abbildungen nach dem Leben

Das Werk erscheint in 35 Lieferungen à 60 Pfg.

Man verlange von jedem Kolporteur die Vorlegung des Probeheftes.

Wer

Ansichtspostkarten sammelt

kaufe sich ein

Postkarten-Album

in der

Buchhandl. Volksstimme.

Sämtliche Formate in allen Stärken und Preislagen.

FRANZ BETHGE

Buchdruckerei der Volksstimme

MAGDEBURG
Gr. Münzstrasse No. 3

Drucksachen

für politische, gewerkschaftliche und gesellige Vereinigungen

Aufträge von auswärts finden prompteste Erledigung

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Auskunftsbureau

Fernsprech-Anschluß 1409.

Nur Werktags geöffnet: Vorm. 9—1 Uhr, nachm. 3½—7½ Uhr.

Kl. Klosterstr. 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.

Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Kranken-Versicherung, Privatsachen, Armenrecht, Mietsverhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Städtische Arbeitsnachweisstelle

Magdeburg

unentgeltlich

Männliche Abteilung: Rathauskolonnaden an der Johannisbergstraße
Weibliche Abteilung: Bei der Hauptwache Nr. 5.

Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.

Kostenlose Vermittelung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften, sowie feinerem Personal **nach hier und auswärts.**

Geöffnet:

Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
Weibliche „ 10—1 „ „ „ 4—7 „ „

Aquarien- u. Terrarien-Ausstellung

vom 6. bis 17. Juni cr.

in den weltberühmten

Gruson-Palmenhäusern

(Friedrich Wilhelms-Garten)

veranstaltet von der

„Vallisneria", Verein für Aquarien- u. Terrarien-Kunde zu Magdeburg . . . . . .

Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.

Eintrittspreise: 128

6. und 7. Juni cr. 50 Pfg. — 8. bis 17. Juni cr. 30 Pfg.

Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. (Zahlstelle Magdeburg.)

Bureau Stephansbrücke 39. Telephon 276.

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, den 14. Juni 1902, abends 8½ Uhr im „Bürgerhaus", Stephansbrücke 38.

Tagesordnung: 3428

1. Beschlußfassung über die Herausgabe der Straßenpolizei-Verordnung.
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Nach Schluß der Versammlung findet eine **Besichtigung der Bäckerei des Neustädter Konsum-Vereins** statt. Eine rege Beteiligung nicht allein der Kollegen, sondern auch der Frauen unserer Kollegen erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Burg. **Burg.**

Sonntag, den 15. Juni 1902:

Großer Ausflug

der Gewerkschaften Burgs

verbunden mit

grossartigem Kinderfest!

Abmarsch 7 Uhr von C. Jeffe, Holzstraße. Bei schlechtem Wetter findet der Ausflug am darauffolgenden Sonntag statt.

Das Gewerkschafts-Kartell.

Verlangt nur ruff. Knöterich (Brustthee) **Weidemann's**

Echt zu haben bei: Apotheker **Harb,** Diesdorf bei Magdeburg; **Max Kühn,** Gr. Diesdorferstr.; **Ad. Haeuber Nachf.,** Buckau; **H. Wehmeyer,** Neustadt; **H. Starkloff,** Sudenburg; **Otto Freytag,** Wilhelmstadt; **Hans Eger,** Breiteweg.

Für den Sommer

Stoffhosen

ganz neue Muster à **3.50, 4.50, 5.25.** 3352

Wasch-Westen!
Piqué-Westen!
Lüster- u. Alpacca-Jacketts.

G. Gehse

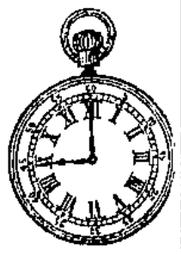
Johannisfahrtstraße Nr. 14

neben dem Wilhelm-Theater

Briefkassetten von 50 Pf. an

empfiehlt die **Buchhandlung Volksstimme.**

Billigste . .
Uhren- . . .
Reparatur-
Werkstatt .



Taschenuhrfeder o. Reinigen 75 Pf.
Uhr-Cylinder 1.75.
Uhrgläser 25 Pf.
Silb. Herrenuhren 5, 10, 15, 22 Mk.
Silb. Damenuhren 10, 12 Mk.
Gold. Damenuhren 15, 18, 20 Mk.
Wecker, gut gehend, 2.50, 3 Mk.
Regulateure 14, 18, 20, 22 Mk.

Für jede Reparatur oder gekaufte Uhr 3 Jahre Garantie. 3426

Baendel

Jakobsstr. 40.

Für Brautleute

ff. Nußbaum-Wirtschaft ganz billig **Lüneburgerstr. 22,** r. part.

Vorzügl. Tinte empfiehlt die Buchhandlung Volksstimme.

Kaufe junge Kanarienhähne à 2.50, Weibchen à 50 Pf. fortwährend.

J. Tischler, Annastr. 25.

Empfehle täglich **Leberwurst auf Eis,** sowie **Fleisch und Wurst** zu bekannten Preisen, **harte Bratwurst mit Kümmel, Senf und Knoblauch,** sowie **Schlackwurst und Salami,** reines hiesiges **Schweineschmalz** in bekannter Güte nur 80 Pfg. Für Händler bedeutende Preisermäßigung.

Brüggemann, Fürstenstr. 18.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen Hauptwache 5 und **Neustadt, Schmidtstraße 61.**

Freitag: Kartoffelbrei mit Leber.
Sonnabend: Reissuppe mit Rindfleisch.

Burg.

3424

Freitag und folgende Tage

frische Wurst

Sonnabend

Knoblauchswurst.

Karl Jesse, Holzstr. 2.

Aschersleben!

Roßschlächterei

mit elektr. Betrieb. Täglich frisch geschlachtete **Roßfleischwaren** sowie ein **ff. Glas Bier.** Gleichzeitig mache ich auf mein durch elektr. Kraft getriebenes **Orchestrion** neuester Konstruktion aufmerksam.

3317 Hochachtungsvoll

A. Engers, Hopfenmarkt 14

Filiale **Oberstraße 47.**

Telephon-Anschluß Nr. 483.

Habe die ärztliche Praxis wieder aufgenommen. 1009

Dr. B. Körner

Magdeburg, Leiterstr. 15

Sprechst.: V. 9—10, N. 2—4.

Kur-Badeanstalt Neustadt

Lübeckerstr. 103 (im Konsum)

Sämtliche Heilbäder. 3413

Wannenbäder in Einzelzell. 25 Pf

Suche zu sof. ein ordentl. **Mädchen** nicht unter 18 J. bei hohem Lohn. Frühstücktragen ausgeschlossen.

H. Böhme, Salbke, Bäckermstr.

Viktoria-Theater.

Gastspiel Maria Reisenhofer.

Freitag, den 13. Juni:

Die Maler.

Lustspiel in 3 Akt. v. Ad. Wilbrandt.

Sonnabend, den 14. Juni:

Die Macht der Finsternis.

Nehme die beleidigenden Worte gegen Familie Kups zurück.

C. Ehlert.

Standesamt.

Magdeburg, 11. Juni.

Aufgebote: Dekorationsmaler Albr. Richard hier mit Meta Steinhof in Braunschweig. Maschinenwärt. Emil Bernh. Apelt in Gülsten mit Emilie Toni Witzmann in Staßfurt. Bäcker Franz Hermann Büchner in Creisfeld mit Pauline Emma Thiele in Wettin. Hausdiener Aug. Kapsch mit Marie Pabst.

Eheschließung: Wurstfabrik. Max Wolff mit Klara Wittmann in Quedlinburg.

Geburten: Elsbeth, T. des Arbeiters Heinrich Knie. Eberhard, S. des Mechanikers Friedr. Palm. Hermann, S. des Schriftsetzers Herm. Voltin. Elfriede und Charlotte, Zwillingsk. des Lademeisters Otto Becker. Wilhelm, S. des Gerichtskanzlisten Wilhelm Rudorf. Robert, S. des Sergeanten im Fußartillerie-Regiment Nr. 4 Robert Homeyer. Otto, S. des Schutzm. Otto Schulze. Richard, S. des Buchbindermeisters Richard Claus.

Todesfälle: Minna Degen, unverehel., 19 J. 25 T. Johanne, T. des Schlossers Paul Hecker, 1 T. Otto, S. des Heizers Wilh. Arndt, 4 J. 2 T. Hermann, S. des Arb. Friedrich Schulz, 8 M. 6 T. Heinrich Oppermann, Handelsm., 63 J. 7 M. 16 T.

Sudenburg, 11. Juni.

Aufgebot: Arbeiter Heinrich Fiedler hier mit Witwe Hambusch, Marie geb. Raabe in Magdeburg.

Geburten: Margarete, T. des Viehhändlers Paul Päsler. Hanno, S. des Sergeanten und Corpsschreib. Albert Höldtke. Elsbeth, unehel.

Todesfall: Hildegard, T. des Kaufmanns Karl Brodmann, 10 M. 10 T.

Neustadt, 11. Juni.

Aufgebote: Kaufm. Wilhelm Körner hier mit Johanna Katharina Elisabeth Hennig in Weimar. Bauarbeiter Karl Herm. Theodor Wildt mit Minna Horn.

Geburten: Johanna, T. des Bureau-Assist. Clemens Kanngießer. Karl, S. des Lagerhalters Julius Berger. Adalbert, S. des Arbeiters Adalbert Andrzejewski. Alfred, S. des Schlossers Albert Totzke. Charlotte, T. des Werkmeisters Joseph Lamer. Liesbeth, T. des Fabrikarb. Herm. Märtens. Kurt Hermann, unehel.

Todesfälle: Ehefrau des Böttchers Gustav Libbe, Elise geb. Schlüter, 32 J. 8 M. 21 T. Ehefrau des Werkmeisters Heinr. Schütz, Bertha geb. Bang, 38 J. 1 M. 13 T.

Buckau, 11. Juni.

Aufgebot: Arbeiter Friedrich Wilhelm Mebes hier mit Dorothee Luise Auguste Schütte in Magdeburg.

Geburten: Kurt, S. des Tischl. Lebrecht Ostermann. Rudolf, S. des Arbeiters Wilhelm Eiserbeck. Kurt, S. des kaufm. Beamten Wilhelm Wi. kelmann.

Halberstadt.

Vom 7. bis 10. Juni.

Aufgebote: Bierfahrer Otto Telle mit Anna Fröhlich. Artist Julius Heller mit Martha Ferling geb. Pfeil. Feldwebel Karl Hirtzel in Schlettstadt mit Helene Otto. Handschuhmacher Paul Deckert mit Marie Heine. Geschäftsreisender Oskar Karl Woldag hier mit Charlotte Agnes Gertrud Müller in Bernburg.

Eheschließung: Arbeiter Albert Kessel mit Anna Jennert.

Geburten: S. des Zimmermeisters Heinrich Dilbat. T. des Arbeiters Ernst Hattorf. S. des Arbeiters Emil Hellmann. T. des Dachdeckers Rudolf Hoffmeister. T. des Dolleurs Hermann Gröhling. S. des Kaufmanns Emil Lüdicke. T., unehel. T. des Handelsmanns Karl Henning. T. des Schuhmach. Franz Roth. S. des Malers Wilh. Köbel. T. des Rollkutschers Heinrich Böttcher. T. des Chaussee-Aufsehers Ernst Noack. T. des Tischl. Karl Engelmann.

Todesfälle: Alfred, S. des Lederfärbers Friedrich Kappe, 4 M. 28 T. Erich, S. des Tischlers Wilhelm Herzlieb, 2 J. 1 M. 23 T. Arbeiter August Bromann, 50 J. 6 M. 22 T. Gustav, S. des Pferdebahnkutschers Karl Krasper in Wehrstedt, 10 M. 24 T. Witwe Schattenberg, Johanne geb. Bock, 82 J. 9 M. 10 T. Witwe Hoppe, Johanna geb. Eckert, 63 J. 6 M. 9 T. Orgelbaumeister Eduard Hülle, 75 J. 7 M. 14 T. Arbeiter August Grimmecke, 23 J. 10 M. 7 T. Handschuhmacher Karl Schoß, 48 J. 8 M. 29 T. Kurt, S. des Hausdiener Karl Bivour, 5 M. 11 T. Ehefrau des Hüttenarbeiters Heinrich Haase, Marie geb. Glahn in Thale a. H., 23 J. 1 M. 18 T.